Thesen des ZK der KPD zum Friedenskampf Seite 9

1 H 3752 CX

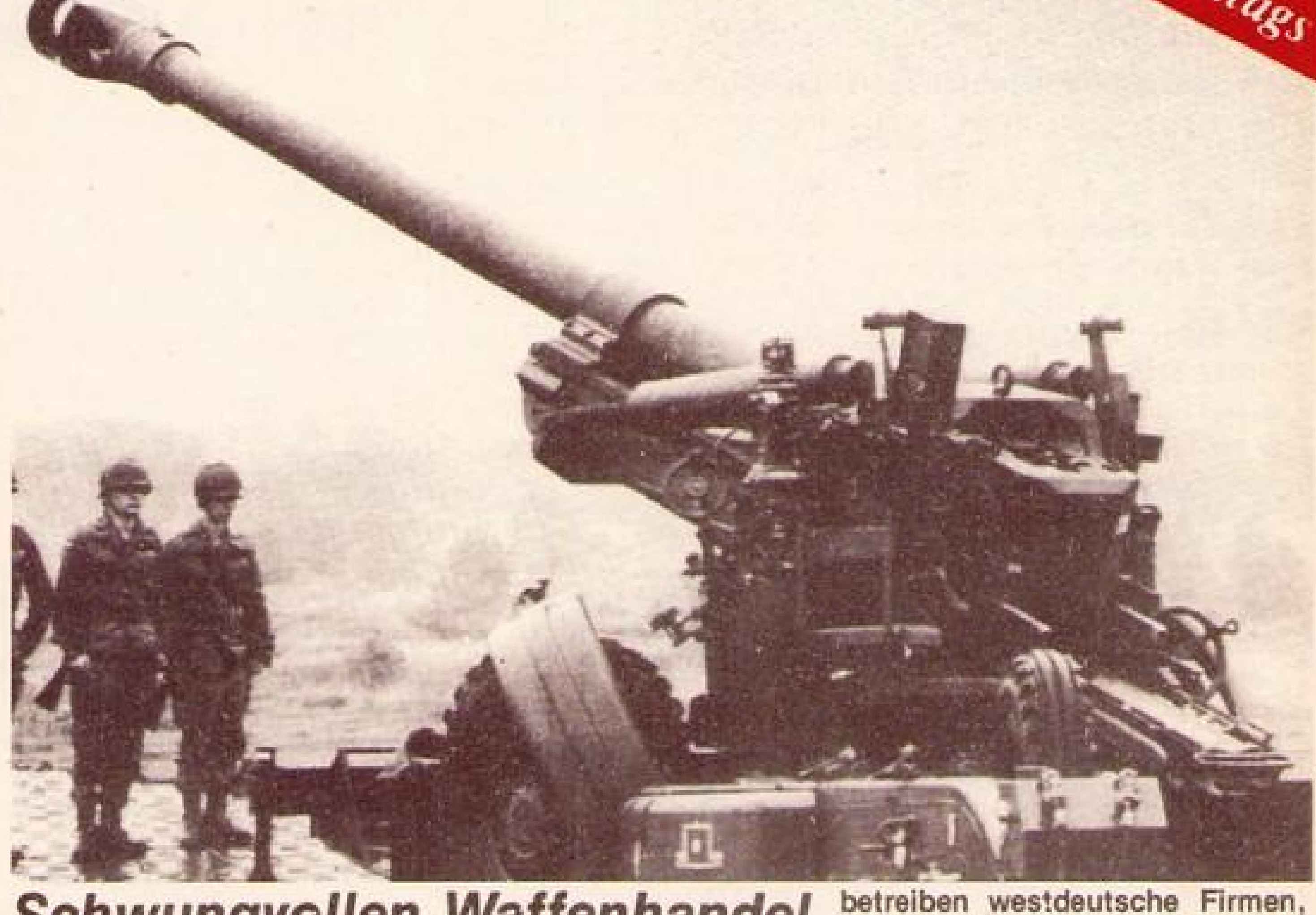
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 43 vom 23. Oktober 1981 15. Jahrgang 1 DM



Schwungvollen Waffenhandel betreiben westdeutsche Firmen, teils ohne Billigung der Bundesregierung. Beispiel: Die Felhaubitzen 155-1, eine westdeutsche-britisch-italienische Gemeinschaftsproduktion und die NATO-Haubitze FH 70. Die Bundesregierung gab grünes Licht für den Verkauf der 155-1 nach Saudi-Arabien, sobald diese Waffe in Serie gegangen ist. Unter Umgehung offizieller Stellen lieferte die Firma Rheinmetall bereits ein Geschützsystem für die 155-mm-Haubitze FH 70 an das rassistisch regierte Südafrika. Damit können sogar Granaten mit Atomsprengköpfen verschossen werden.

Nach Kanias Rücktritt

Harter Kurs in Polen

Die revisionistische Partei mobilisiert

WARSCHAU. — Der Rücktritt Kanias und des gesamten Politbüros auf Verlangen des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und die Wahl des Generals, Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jaruzelski zum neuen Parteivorsitzenden signalisiert einen tiefen Schnitt in der polnischen Entwicklung.

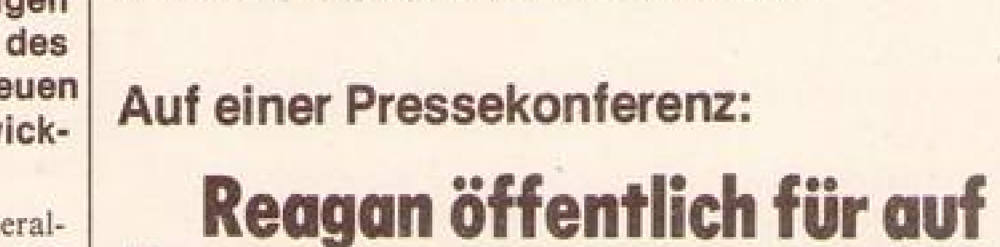
Die Spekulationen, die in diesen Tagen von seiten der bürgerlichen Medien in der Bundesrepublik angestellt werden sind müßig: Die Frage ob Jaruzelski ein Parteigänger Kanias sei, ob er Falke oder Taube sei.

Die Tatsache, von der die jüngste Entwicklung in Polen geprägt ist, ist folgende: Es geht der in Polen neuen herrschenden Klasse ans Eingemachte, an die Privilegien, an den Status. Deshalb war es den Vertretern des harten Vorgehens möglich, die Masse der Partei aufgrund der Ergebnisse des Kongresses von Solidarität zu mobilisieren. Denn wenn die Arbeiterklasse plötzlich ein Recht hat, die Betriebsdirektoren zu wählen, dann geht die Position jener ganzen Schicht, die einen erheblichen Teil der neuen Kaptalistenklasse darstellt, verloren. Ebenso verhält es sich mit den Forderungen nach Einflußmöglichkeiten in Staat und Verwaltung, wo mit den Spitzenbürokraten eine weitere wichtige Schicht der Herrschenden ihre Positionen gefährdet sieht.

So haben sie mobil gemacht, jetzt wollen sie einen Schlußstrich ziehen. Es ist nicht umsonst, daß auf der Tagung des Zentralkomitees, bei der das bisherige Politbüro abgesetzt wurde der bekannte Vertreter des reaktionären Kattowicer Forums Albin Siwak der Hauptredner war. Jetzt wird versucht, die noch vorhandene Macht zu konzentrieren, Armee, Polizei, Geheimdienst und Partei unter der Führung eines Mannes. Desselben Jaruzelski, der schon in der letzten Woche gefordert hatte, jetzt endgültig Schluß zu machen mit Streiks.

Und auf eben der Sitzung des ZK auf dem eine Resolution verabschiedet wurde, die eine Wiederherstellung des Streikverbots forderte, eine Generalrevision der Abkommen von Gdansk von Ende August 1980 forderte.

Alles dies stellt bereits die Kampfansage, den harten Kurs dar. Die polnischen Arbeiter, die in ihrem Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage und um mehr demokratische Rechte die Stellungen der Reaktion, der herrschenden neuen Kapitalistenklasse und ihrer Partner, dem hohen Klerus und den alten Reichen des Landes angetastet haben, sie sollen jetzt klein beigeben, sich zurückziehen. Die Presse der revisionistischen Parteien und der anderen scheinsozialistischen Staaten Osteuropas hat eine breite Berichterstattung über die Kritik des ZK am Politbüro organisiert, um die Stimmung für harte Maßnahmen gegen die Arbeiter anzuheizen. Ihr aller Ziel ist die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisation der polnischen Arbeiterklasse.



Auf einer Pressekonferenz:

Reagan öffentlich für auf Europa begrenzten Atomkrieg

WASHINGTON. — Auf einer Pressekonferenz mit den Chefredakteuren aller großen Zeitungen der USA unterstrich der amerikanische Präsident Ronald Reagan jetzt selbst und ausdrücklich, was ihm Gegner seiner Politik seit langem vorwerfen: Daß er der Meinung ist, ein Atomkrieg ließe sich durchaus auf Europa begrenzen!

Diese ungeheuerliche Aussage trifft der Mann, der an der Spitze der größten Kriegsmaschine der Weltgeschichte steht! Der Mann, der über Hunderte und Tausende von Atomraketen und Atombomben, die in der Bundesrepublik stationiert sind, verfügt!

Der auf Europa begrenzte Atomkrieg, spätestens seit Carters Direktive 59 am Ende seiner Regierungszeit als Inhalt der amerikanischen Kriegsstrategie erkannt, wird nun vom höchsten Vertreter der Staatsmacht der USA öffentlich bestätigt.

All jene, die bisher die amerikanische Hochrüstungspolitik verteidigt haben, weil sie meinten, die USA könnten kein Interesse an einem Atomkrieg haben, da sie ja selbst betroffen sein würden, sehen sich nun getäuscht, oder sie sind entlarvt als Schönredner im Dienste Washingtons. Dieses offene Eingeständnis Reagans, in den westdeutschen Medien sehr bescheiden gemeldet, muß dazu führen, daß sich noch mehr Menschen aktiv an dem Kampf um die Sicherung des Friedens beteiligen.



Griechenland-Wahl:

Wähler wollen NATO-Austritt

Das Ergebnis der Wahlen in Griechenland, die einen Erdrutschsieg für die sozialdemokratische PASOK brachten ist eindeutig. Dabei ist es klar, daß die Wahlkampagne der PASOK, die, entgegen dem Willen des Parteiführers Papandreou sich vor allem gegen die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands wendete, die breiten Massen des griechischen Volkes mobilisiert hat.

Die Voraussetzungen für diesen Schritt sind gegeben. Jetzt steht die Frage, wie der parteiinterne Kampf der PASOK um diese Frage enden wird. In den letzten Wochen hatten Mitterand und Brandt verschiedenes unternommen, um den pro-NATO-Flügel der PASOK zu stärken. Das Wahlversprechen wurde allerdings gemacht: Austritt aus der NATO.

Nach Betätigungsverbot jetzt die „Endlösung"

Türkische Junta verbietet Parteien

ANKARA. — Nachdem den verschiedenen politischen Parteien des Landes unmittelbar nach dem faschistischen Militärputsch vor einem Jahr die Betätigung untersagt worden war, erfolgte jetzt ein weiterer Schritt der Faschisierung des Landes. Die politischen Parteien wurden verboten, ihr Besitz beschlagnahmt.

Im krassen Gegensatz zu allen Beteuerungen über eine angebliche geplante Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie sind die faschistischen türkischen Generale jetzt zu einer Art Entscheidungsangriff gestartet. Dies wird nicht nur durch das offizielle Verbot aller politischer Parteien ganz im Hitler-Stil bewiesen, sondern auch durch Äußerungen der Generale selbst, in denen sie öffentlich ihr Folterregime verteidigen.

Die zu gleicher Zeit bekanntgegebene Zusammensetzung der von der Junta einberufenen verfassungsgebenden Versammlung ist ein weiterer Beweis dafür, daß Evren und seine Offiziere einen faschistischen Kurs steuern. Alle bisher bekannt gewordenen Teilnehmer sind bekannte Faschisten oder extreme Rechte anderer Spielarten. Die Verfassung, die sie ausarbeiten werden, kann man unter diesen Bedingungen voraussehen.

Dies wird eine faschistische Verfassung sein, in der höchstens ein dem Nazi-Reichstag vergleichbares Organ existieren wird, aus sogenannten Fachleuten zusammengesetzt, die die Herrschaft der Reaktion bedeuten.

Alle Beschönigungen seitens der westeuropäischen, speziell westdeutscher Politiker helfen da nichts — der Kampf gegen die Junta tut not, er ist der Kampf um eine freie demokratische Türkei!

Neue Beispiele des proletarischen Internationalismus

Freiheit für unsere Genossen in der DDR!

In den letzten Tagen erhielten wir weiter Solidaritätsbeweise mit den in der DDR verhafteten KPD-Genossen Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und ihren Mitkämpfern in den Gefängnissen des Honecker-Regimes. Immer noch treffen auch Unterschriftenlisten ein, auf denen westdeutsche Friedenskämpfer am 10.10. in Bonn die Freilassung der gefangenen Kommunisten und Friedenskämpfer forderten.

Die Genossen der KP USA/ML bekräftigen in einem Schreiben ihre kämpferische Solidarität mit den gefangenen Genossen und stellen fest: „Es ist gewiß das Recht und die Pflicht aller klassenbewußten arbeitenden Menschen überall, sich gegenseitig im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu unterstützen, unabhängig davon, welches Etikett sich die jeweiligen Unterdrücker anheften. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten eines Tages der kapitalistischen und der revisionistischen Herrschaft ein Ende setzen und ein vereintes Deutschland auf den Weg der Unabhängigkeit, des Friedens und des Sozialismus führen wird. Was uns hier in den USA betrifft, so stehen wir Kommunisten Schulter an Schulter mit unseren Genossen in Deutschland. Wir werden alles tun, um die Genossen und Sympathisanten der KPD zu unterstützen, die vom DDR-Regime verfolgt werden. Und wir bemühen uns, unseren Kampf für die sozialistische Revolution in unserem eigenen Land fortzusetzen und zu intensivieren!"

Aus Italien erreichten uns Solidaritätserklärungen mit der Forderung nach sofortiger Freilassung der Genossen vom Nationalen Wiederaufbaukomitee der KPI(ML) und der Redaktion der Zeitung „La nostra lotta". Mitglieder der Wiederaufbau-Organisation der KPI(ML) haben Protestresolutionen an die DDR-Botschaft in Italien geschickt und in verschiedenen Regionen Flugblätter verteilt.

In Westdeutschland schweigen sich derweil die Medien weiter aus. Das gilt übrigens auch, und das ist schon in besonderer Weise empörend, für fast die gesamte „linke" Presse, darunter auch die der sich selbst kommunistisch und antirevisionistisch nennenden Organisationen. sorgen wir dafür, daß dieses Schweigen durchbrochen wird!

Genossen der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L) bei einer Kundgebung vor der Londoner DDR-Botschaft am 1.10.81.

Kommentar der Woche

Man hat sich ja daran „gewöhnt", daß amerikanische und sowjetische Flotten durch das Mittelmeer kreuzen, als wäre es ihr Eigentum. Nicht umsonst nennt man Italien auch Amerikas größten Hafen.

Was sich aber jetzt vollzieht ist die größte Zuspitzung der Lage, seitdem vor 14 Jahren Israels Überfall auf seine arabischen Nachbarn diesen Teil der Welt von Casablanca bis Bagdad erschütterte. Denn die Lage ist instabil und die Imperialisten versuchen, ihren Einfluß zu festigen. Was die USA betrifft, so folgt dem proamerikanischen faschistischen Putsch in der Türkei nun die Sorge um Griechenland. Denn Tatsache ist, daß das Volk dort die NATO nicht will, wohl wissend, daß sie hinter den faschistischen Athener Obristen stand.

Krisenherd Mittelmeer

In Tunesien muß Bourgiba nach langen Jahren zumindest eine legale Opposition zulassen, die Herrschaft Hassans in Marokko wird von einer nach wie vor bestehenden Streikwelle der Arbeiterklasse erschüttert. Sadat, zuverlässigster Handlanger der USA im Mittelmeerraum in den letzten fünf Jahren, ist tot, und niemand wagt zu genau zu sagen, wie stabil Mubaraks Herrschaft ist. Israel isoliert sich mit seinem rassistischen Siedlungsprogramm immer mehr, dort wachsen die Kräfte der äußersten Reaktion, die auf neue militärische Abenteuer drängen. Die bedingungslose Unterstützung für Israel wiederum zwingt die USA dazu, selbst solche Staaten wie das Saud-Königreich befrieden zu müssen. Staaten, in denen die feudale Reaktion, dem Dollar hörig, regiert, die aber die USA kritisieren müssen, um nicht von der eigenen Bevölkerung bekämpft zu werden. Da paßt ein Ghaddafi, der genau diesen Umstand immer wieder nennt, der den Arabern sagt, daß die Sauds mit den USA zusammenarbeiten, der sich als Fortsetzer von Nassers Traum der arabischen Einheit betrachtet, überhaupt nicht ins Bild – also wird auf Konfrontationskurs gegangen.

Der Gegenspieler, die sowjetischen Sozialimperialisten haben im Raum des Mittelmeers und Nahost in den vergangenen zehn Jahren eine ganze Serie von Rückschlägen hinnehmen müssen. Ob es Algerien oder Ägypten, Sudan oder Somalia waren oder auch der Irak – all diese Länder gingen als bereits bestehende oder mögliche Einflußzonen zunächst einmal verloren. Der Dreierpakt Libyens mit Äthiopien und der VR Jemen und etwas engere Beziehungen zu Syrien, das bleibt ihnen, das ist ihr Ausgangspunkt. Und nach den Basen in Aden und Addis Abbeba wollen sie auch gerne ihre Flotte in Libyen stationieren. Ghaddafis Staatsbesuch in Moskau mit seiner heftigen Kritik am Afghanistan-Einmarsch hatte das gewünschte Ziel nicht erbracht. Sie hoffen jetzt darauf, daß die amerikanische Kriegsandrohung, verschärft durch die angekündigten Großmanöver, die libysche Regierung dazu treiben wird, sich als Moskaus Partner auszugeben.

Der Krisenherd Nahost weitet sich aus zu einem Krisenherd Mittelmeer. Der Truppenaufmarsch der USA, die Aufrüstung der Reaktion, der geplante Truppenaufmarsch der Sowjetunion, das sind alles Schritte, die die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen aufleben lassen.

Aber es ist nicht nur die Gefahr eines Krieges, die durch die imperialistische Politik der beiden Supermächte angeheizt wird. Hunderte von Gewerkschaftsfunktionären liegen in Hassans Gefängnissen, Hunderte von Patrioten starben durch Bourgibas Richter, die ägyptische Polizei mordet im Dutzend, der Libanon wird verwüstet, in der Türkei regiert der Terror, in Äthiopien wird ein Ausrottungskrieg geführt, in Syrien liegen Tausende von Anhängern der revisionistischen Partei im Kerker, ohne daß in Moskau jemand mit der Schulter zucken würde, im Sudan wurden die Eisenbahnarbeiter massakriert – die Kette ließe sich fortsetzen. Eine Kette von Elend, Terror und Ausbeutung, alles im Dienste des Imperialismus und seiner reaktionären Vasallen, wie sie sich auch immer nennen mögen. Der Weg zur Veränderung liegt nur im Kampf gegen den Imperialismus, gegen beide Supermächte, dann wird die Möglichkeit der Verständigung und der Demokratie entstehen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nur einen Monat nach der ersten Lesung im Bundestag

Neue Finanzlücken — neue Kürzungen!

BONN. — Immer weiter dreht sich das Bonner Kürzungskarussell. Nur einen Monat nach der ersten Lesung des Bundeshaushalts für 1982 im Bundestag wurde deutlich, daß man sich „verrechnet" hatte. Sechs bis sieben Milliarden Mark weniger als geplant werden der Bundeskasse zur Verfügung stehen. Und für das laufende Jahr wird nochmals ein Nachtragshaushalt nötig, nachdem auch hier Dreieinhalb Milliarden Mark zu wenig da sind.

Gegenüber diesem Amoklauf der Regierungsparteien gibt sich die CDU/CSU in diesen Tagen als solide Kraft aus, die wenigstens von vornherein sagt, was auf die Menschen zukommen soll, wenn es nach Bonn geht. SPD und FDP liefern dagegen ständig neue Pläne nach, erwägen, verwerfen und holen wieder aus den Abfallkörben — so zumindest sieht es aus, wenn man die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse verfolgt.

Was dahinter steckt ist klar: der große Plan des Sozialabbaus zugunsten der Reichen soll scheibchenweise dosiert durchgeführt werden. Um so den Protest zu vereinzeln, eine Atmosphäre der Gewöhnung zu schaffen. Genau das gelingt aber immer weniger. Zahlreiche SPD-Funktionäre haben in den letzten Wochen betont, sie seien außerstande, diese Politik noch als arbeiterfreundlich zu verkaufen.

So will man die „heftig umstrittenen" Punkte früherer Kürzungspläne jetzt allmählich reif zur Verwirklichung machen, sei es die Kürzung des Arbeitslosengeldes oder die Steuererhöhung beim Heizöl, oder andere Pläne dieser Art, die sich ganz direkt gegen die arbeitenden Menschen wenden.

Den Widerstand zu organisieren tut not. Verschiedene örtliche Demonstrationen und Aktionen hat es bereits gegeben. Dabei muß darauf geachtet werden, daß sich nicht diejenigen durchsetzen, die für „ausgewogene" Kürzungen sind. Der Reichtum dieses Landes hat sich bei jenen angesammelt, die von diesem System alleine profitieren, sie müssen die Folgen ihres Systems tragen: Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Diese Forderung, die die KPD in ihrer wirtschaftspolitischen Erklärung unterstrichen hat, ist die einzige Möglichkeit für die arbeitenden Menschen dieses Landes, den Folgen der Krise jetzt zu entgehen. Denn daß sie es sind, die nach den Plänen Bonns und des Finanzkapitals die Zeche zahlen sollen, liegt auf der Hand. Die Tatsachen aus vergangenen Krisen und die bisherigen Maßnahmen zeigen dies in aller Deutlichkeit. So bleibt nur die Frage wer zahlen soll, entweder die Kapitalisten, die Reichen, oder die Arbeiter, die Werktätigen. Und diese gegensätzlichen Interessen werden nur durch den Klassenkampf entschieden werden können.

Reaktionen auf die Bonner Friedensdemonstration

Umarmungsversuche der SPD

Die Bonner Demonstration vom 10. Oktober hat vielfältige Reaktionen und ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Dabei betonten alle politischen Kräfte nachdrücklich ihren Friedenwillen: Für Franz-Josef Strauß und Helmut Schmidt ist die NATO die größte Friedensbewegung, für Egon Bahr und Willy Brandt auch die SPD. Helmut Kohl sieht sich einmal mehr von der Volksfront bedroht und die US-Regierung droht, sie werde ohnehin alles selbst in die Hand nehmen, wenn es so weiter geht.

Mit diesen Äußerungen des amerikanischen Vertreters Eagleburger auf der NATO-Versammlung letzte Woche haben die USA nochmals nachdrücklich unterstrichen, daß sie nicht bereit sind, die Souveränität ihrer sogenannten europäischen Verbündeten zu achten. **Am selben Tag, da Eagleburger diese Drohung gegenüber den Friedenskämpfern ausstößt, unterstreicht Ronald Reagan bei einer Konferenz mit den Chefredakteuren aller großen US-Zeitungen, daß ein Atomkrieg durchaus auf Europa beschränkt bleiben könnte...**

Das also ist Friedensbewegung, wie sie von Reagan und seinem deutschen Lautsprecher Strauß verstanden wird, ihr Frieden heißt Aufrüstung, Konfrontation, atomare Bedrohung.

Wenn auf der anderen Seite Sprecher der SPD am letzten Wochenende, neben ihren ständigen Beteuerungen, ihre Ziele wären dieselben nur die Wege andere, unterstreichen, daß die Friedensbewegung genauso kommen und vorübergehen werde, wie der Ostermarsch und die AKW-Großdemonstrationen, so zeigt das auch die Absichten der SPD-Führer. Sie wollen diese Bewegung umarmen. Sie wollen den Nachrüstungsbeschluß als überlegenswerten Weg zur Friedenssicherung darstellen, wollen das Nein von Bonn so aufweichen. Nicht daß man dabei vergessen sollte, daß die SPD selbst viel für das Ende früherer vergleichbarer Bewegungen getan hat. Aber ganz unabhängig davon, darf dies nicht gelingen und wird es auch nicht. Denn die Bonner Regierung ist und bleibt, durch ihre Taten erwiesen, ein Erfüllungsgehilfe Washingtons und der Pläne des westdeutschen Finanzkapitals.

Und ihre Umarmungsversuche sind zu plump, als daß sie sich auswirken könnten. Aber man kann sich dessen gewiß sein, daß diese Taktiken noch verfeinert werden.



Der von Bonner Parteien so gefürchtete Antiamerikanismus — hier bei einem sogenannten Volksfest — trat auch in Bonn massiv zutage.

Bußgeld für Miethai?

Warum wird Kaußen nicht enteignet?

ESSEN. — In den Medien des Ruhrgebiets war in der letzten Woche in großer Aufmachung von einem Strafgeldbescheid der Stadt Essen gegen den berühmt-berüchtigten Spekulanten Kaußen berichtet worden. Wegen rund 100 leerstehenden Wohnungen in Essen soll er 2 Millionen Mark Bußgeld bezahlen.

Kaußen hat ein Imperium an Wohnungen und Häusern zusammengeraubt, das den Vergleich mit den größten alteingesessenen „guten Familien" unseres Landes, mit dem Besitz der Versicherungen und der Monopole nicht zu scheuen bracht. Die genannte Zahl von 10000 Wohnungen in der Bundesrepublik und einigen Tausend im Ausland ist mit Sicherheit sehr bescheiden gerechnet, denn bekanntermaßen besaß er vor Jahren bereits wesentlich mehr. Und er hat weitere Pläne — insbesondere mit dem bevorstehenden Verkauf von mehreren Tausend Bergarbeiterwohnungen an der Ruhr, wo er sich massiv einkaufen möchte. Schon vor Jahren wurde sein monatliches Mieteinkommen auf eine runde Million geschätzt, und wer die Entwicklung kennt weiß, daß dies heute viel mehr sein muß.

Da sind zwei Millionen Bußgeld natürlich keine echte Bestrafung, zumindest keine Maßnahme, die ihn — der bei verschiedenen Einzelverkäufen schon 50 Millionen pro Objekt verdient hat — von der weiteren Spekulation abhalten könnte. Nein: Ein Mann, der in einer einzigen Stadt über 100 Wohnungen verrotten läßt, weil es ihm eben so in seine Pläne paßt, der muß richtig bestraft werden. Die Enteignung seines Besitzes, ohne Entschädigung versteht sich, das wäre die angemessene Maßnahme.

Der Mann, der anläßlich der Wirtschaftskrise der sechziger Jahre auf einen Schlag 4000 Krupp-Wohnungen aufkaufte, spekuliert mit dem Leben und der Lage von Zehntausenden von Menschen.

Und er ist kein Einzelfall. Andere Spekulanten wie der Kamener Nazi Skutta haben ebenfalls Hunderte von leerstehenden Wohnungen.

In bisherigen Gerichtsverfahren bekamen diese Spekulanten noch immer recht — die Gesetzgebung in diesem Staat ist nun mal eben so.

Kaußen selbst geht sogar soweit, „Wiedergutmachung" zu fordern, weil Gerichte sich weigerten, einen Prozeß überhaupt zu beginnen — so sei sein Ruf geschädigt worden. Nun, da gibt es sicher nichts zu schädigen.

Aber der Druck auf die Behörden wächst, hier endlich etwas zu unternehmen, und der wird weiter wachsen, je mehr die Wohnungsknappheit anwächst. Es ist mit Sicherheit richtig, gegen solche Typen hart vorzugehen, sie zu enteignen. Aber andererseits darf man nicht vergessen, daß ihre Umtriebe überhaupt erst möglich sind, aufgrund der Rechtslage, die den großen Konzernen und Versicherungen ihrerseits die Wohnungsspekulation ermöglichen soll. **So kann man sich auch vorstellen, wie groß die Auswirkungen der Sofortmaßnahme eines sozialistischen Staates wäre, der die Beschlagnahmung des Wohnungseigentums der Spekulanten, der Großbesitzer, seien es einzelne oder Unternehmen, anordnen würde und den so für Hunderttausende gewonnenen Wohnraum zu billigen staatlichen Mieten vergeben.**

Gewerkschaften gegen Bonner Sparbeschlüsse

IGM Stuttgart: „Wir leisten Widerstand"

In den Betrieben zu DGB-Demonstration aufgerufen

STUTTGART. — Die Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall hat die Arbeiter in den Betrieben zum Widerstand gegen den Sozialabbau aufgerufen. Vor den Betrieben der Metallindustrie in Stuttgart wurde in der vergangenen Woche ein Flugblatt („METALL-Nachrichten") verteilt, das über die Sparbeschlüsse der Bundesregierung informiert, ihren antisozialen, arbeiterfeindlichen Charakter entlarvt und zu einer DGB-Demonstration aufruft, die „vorläufiger Höhepunkt des öffentlich sichtbaren Widerstandes sein soll".

„Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg", heißt es in dem IGM-Flugblatt unter der dicken Überschrift „Widerstand". Und weiter: „Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte".

Das Flugblatt prangert an, daß durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung ausschließlich die kleinen Leute, die Werktätigen, zur Kasse gebeten werden, während andererseits den Reichen, den Konzernherren, Subventionen und Steuergeschenke förmlich in den Rachen geworfen werden. Die Pläne für einen Lohnstopp und für die Kürzung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst werden als „unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich" angeprangert.

Als erste konkrete Schritte des Widerstandes nennt das Flugblatt u.a. Maßnahmen zur umfassenden Information aller Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, Diskussionen auf Betriebsversammlungen, die Verabschiedung von Resolutionen an die Bundesregierung, örtliche Veranstaltungen und Demonstrationen. Gleichzeitig werden die Kollegen zu einer Demonstration des DGB Baden-Württemberg am 7. November 1981 in Stuttgart aufgerufen.

Der 1. Sekretär des Landesbezirks Baden-Württemberg der KPD betonte dem „Roten Morgen" gegenüber, die KPD halte diese Initiative der IGM-Bezirksleitung und des DGB Baden-Württemberg für einen begrüßenswerten Schritt, der zur Schaffung einer starken Widerstandsfront der Arbeiter und Angestellten gegen die arbeiterfeindlichen Bonner Sparpläne beitragen könne. „Hoffentlich werden solche Initiativen nun auch in anderen Gliederungen und Bezirken der Gewerkschaften ergriffen; man kann den Kampf gegen die Sparbeschlüsse ja nicht den Kollegen im öffentlichen Dienst allein überlassen", meinte der KPD-Funktionär. Weiter erklärte der Genosse:

„Die in dem IG-Metall-Flugblatt genannten Schritte und Aufgaben, vor allem die umfassende Aufklärung aller Kollegen in den Betrieben über das, was die Sparbeschlüsse beinhalten, sowie die Organisierung von Protestdemonstrationen auf gesamter DGB-Ebene, halten wir für sehr wichtig. Denn ohne diese Schritte wird es nicht möglich sein, den notwendigen starken Widerstand in den Betrieben bis hin zu massiven Kampfmaßnahmen zu entfalten. Jetzt müßten die IG Metall und die anderen Einzelgewerkschaften, aber auch der DGB als Dachverband, dafür alle ihre organisatorischen und sonstigen Mittel und Möglichkeiten einsetzen. Dazu allerdings ist, wie die Erfahrungen zeigen, Druck von unten durch die aktiven Gewerkschafter in den Betrieben nötig. Was unsere Partei betrifft, die KPD, so werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um die entsprechenden gewerkschaftlichen Aktionen und die nötige Aufklärungsarbeit zu unterstützen und einen guten Beitrag zum Kampf gegen die Sparbeschlüsse zu leisten. Natürlich werden wir auch voll in die Mobilisierung der Kollegen für die DGB-Demonstration am 7. November einsteigen."

Aus dem IG-Metall-Flugblatt

Im folgenden bringen wir im Wortlaut Auszüge aus dem Flugblatt der Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall, das zum Widerstand gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung aufruft:

Bettelarm?

Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen — ganz im Gegenteil.

Steuervergünstigungen und Subventionen bietet die Regierung ihnen förmlich an.

Während Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, schenkt der Staat im gleichen Atemzug der reichsten Familie, den Flicks, 840 Millionen Mark an Steuern. 840 Millionen! Dieses Verhalten von Bundesfinanzminister Matthöfer verdient nur eine einzige Bezeichnung: es ist schlicht unsozial.

Lohnstopp?

Unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich ist auch der Vorschlag der Regierung, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um ein Prozent zu kürzen. Eine sozialdemokratische Regierung, die bestehende Tarifverträge unterlaufen will, muß wissen, daß sie sich damit in offene Gegnerschaft zu den Gewerkschaften dieser Republik begibt. Wenn als Konsequenz dieser Politik heute schon CDU- und FDP-Politiker unverBLÜMt Lohnstopp predigen, ist es höchste Zeit, sich zu wehren.

Wir leisten Widerstand

Wichtig ist zunächst eine umfassende Information aller Arbeitnehmer, was an Belastungen auf sie zukommen wird, wenn die Vorschläge der Bundesregierung wirksam werden sollten.

Nutzt die nächste Betriebsversammlung zur Diskussion. Beschließt dort Resolutionen an die Bundesregierung.

Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, von den betrieblichen Interessenvertretern umfassender und vor allem ehrlicher informiert zu werden.

Macht den Kolleginnen und Kollegen deutlich, daß die nächste Tarifrunde schon längst begonnen hat.

Wir müssen auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir die Sparbeschlüsse der Bundesregierung nicht akzeptieren. Gemeinsam mit allen Gewerkschaftern im DGB soll deshalb in örtlichen Veranstaltungen oder Demonstrationen Widerstand gezeigt werden.

Ein vorläufiger Höhepunkt des öffentlich sichtbaren Widerstands soll die Kundgebung des DGB Baden-Württemberg am 7. November 1981 in Stuttgart sein. Es ist Pflicht jedes Arbeitnehmers, an dieser zentralen Demonstration teilzunehmen, um so die Ablehnung deutlich zu zeigen.



Gegen die Rotstiftpolitik und die geplante Lohnsenkung im öffentlichen Dienst um ein Prozent verstärkt sich der Protest der Gewerkschaften — wie hier in München.

Demonstration des DGB Baden-Württemberg: Samstag, 7. November 1981, Stuttgart, 15.00 Uhr. Demonstrationszug durch Stuttgarter Straßen, 16.30 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz. Es spricht Franz Steinkühler, IG Metall.

Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

„Für die Rüstungsindustrie ein Bombengeschäft..."

In einem jetzt neu erschienenen Extrablatt des „Roten Morgen" wird der Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise, Sozialabbau und Aufrüstungskurs aufgezeigt. Es wird zum Kampf gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau aufgerufen und es werden die Forderungen dargelegt, die die KPD den Kolleginnen und Kollegen zum gemeinsamen Kampf vorschlägt. In dem Extrablatt heißt es unter anderem:

„Krise und Staasverschuldung sind keine Naturkatastrophen. Es gibt Verantwortliche und es gibt Kreise, die kräftig profitieren.

Wenn man von der Staatsverschuldung spricht, muß man auch von den Zinsgewinnen in Milliardenhöhe sprechen, die vor allem die Großbanken aus unseren Steuergeldern kassieren. Man muß die Frage stellen, in welche Tasche eigentlich die -zig Milliarden geflossen sind, die heute im Bonner Staatshaushalt fehlen.

Milliarden wurden den Unternehmern an Investitionsbeihilfen und sonstigen Subventionen in den Rachen geworfen.

Vor allem die ständig wachsenden Rüstungsausgaben sind für den enormen Anstieg der Staatsverschuldung verantwortlich. Für die Rüstungsindustrie ein Bombengeschäft. Ein Kampfflugzeug vom Typ Tornado wird zum Zeitpunkt der Auslieferung rund 100 Millionen DM kosten. Für das gesamte Tornado-Programm müssen wir als Steuerzahler demnach rund 32 Milliarden DM auf den Tisch der Rüstungsindustrie blättern, also eine Summe, die grob gerechnet dem Jahresbruttolohn von 1 000 000 Industriearbeitern entspricht.

Sowenig wie die Staatsverschuldung ist auch die Wirtschaftskrise vom Himmel gefallen. Die Unternehmer und die Bonner Regierung waren und sind es doch, die die wirtschaftlichen Entscheidungen fällen. Die Krise ist die Folge der Tatsache, daß in diesem System alles nach dem egoistischen Gewinninteresse der Unternehmer entschieden wird und nichts nach den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Gesellschaft insgesamt. Deshalb führt das kapitalistische System zwangsläufig immer wieder zu schweren Krisen. Die Verantwortung dafür tragen einzig und allein die Kapitalisten, vor allem die großen Konzerne und Banken. Die Unternehmer und die Bonner Parteien aber wollen alle Lasten der Krise auf die Arbeiter und Angestellten abwälzen."

Forderungen der KPD

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Für den gemeinsamen Kampf gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn schlägt unsere Partei allen Kolleginnen und Kollegen die folgenden Forderungen vor:

• Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent! • Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken! • Faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120 000 DM Jahreseinkommen! • Anhebung der Einkommens- und Körperschaftssteuer ab 80 000 DM Einzeljahreseinkommen! • Kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Großverdiener! • Durchgreifen gegen die Wirtschaftskriminalität!

IG Metall Gelsenkirchen fordert:

Streichung der Konzern- Subventionen und Senkung des Rüstungshaushalts

GELSENKIRCHEN. — Streichung der Milliardensubventionen für die Konzerne und Herabsetzung der Rüstungsausgaben fordert die IG Metall in Gelsenkirchen. Die Bonner Sparpläne betrachtet sie als „Kampfansage an die arbeitenden Menschen".

Die Vertreterversammlung der IG Metall Gelsenkirchen verabschiedete vor Kurzem eine Entschließung mit der Überschrift „Sozialer Fortschritt durch Frieden sichern". Unter anderem heißt es darin wörtlich:

„Die von der Bundesregierung, dem Bundesrat, dem Bundestag und den Parteien propagierte ‚Rotstiftpolitik' ist eine unmißverständliche Kampfansage an die arbeitenden Menschen und ihre Gewerkschaften. Der sogenannte Sparhaushalt '82 ist darauf abgestellt, die Lasten der Hochrüstung, der wirtschaftlichen und politischen Krise der breiten Öffentlichkeit aufzubürden.

Durch Sozialabbau erfolgt keine Entlastung des Staatshaushaltes, wenn der Rüstungsetat gesteigert wird. Der Haushalt ist nur zu sanieren, wenn die Milliardensubventionen für die Konzerne gestrichen werden. Der Haushalt ist nur dann ohne größere Verschuldung zu realisieren, wenn die Großverdiener höher besteuert werden. Arbeitslosigkeit und Inflation werden nicht durch den Abbau bisher erkämpfter Sozialleistungen verhindert. Sozialer Fortschritt ist nur durch Abrüstung und Vollbeschäftigung zu sichern."

Desweiteren wird in der Entschließung die Zurücknahme des NATO-Raketenbeschlusses gefordert. „Wer Frieden und soziale Wohlfahrt will", — so heißt es in der Entschließung dazu — „der muß mit aller Kraft gegen eine weitere weltweite Aufrüstung wirken".

Der Ortsverein Offenbach der IG Druck und Papier protestierte in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Die IG Druck-Kollegen verurteilen darin die Sparbeschlüsse als „einseitige Belastung der wirtschaftlich Schwächsten". „Arbeiter, Arbeitslose, Angestellte und kleine Beamte werden erbarmungslos zur Kasse gebeten", heißt es in dem Schreiben weiter, das mit der Aufforderung schließt: „Wir sagen ja zum Sparen — aber nicht bei den Arbeitnehmern, sondern am Rüstungshaushalt. Für soziale statt atomare Aufrüstung".

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1**, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611 / 552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Wegen Beschlüssen des Gewerkschaftstages

DGB-Bundesvorstand greift GEW an

DÜSSELDORF. — Wegen der Kritik des GEW-Gewerkschaftstages an der DGB-eigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat im Zusammenhang mit den Häuserräumungen in Westberlin,und weil der Gewerkschaftstag zur Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn aufgerufen hatte, ist die GEW jetzt vom DGB-Bundesvorstand in rüder Weise öffentlich angegriffen worden.

In der neuesten Ausgabe der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" (Nr. 41 vom 15.10.81) findet sich auf der Titelseite unter der Überschrift „Scharfe Rüge für die GEW" die folgende, hier im Wortlaut wiedergegebene Meldung:

„Der DGB findet es besonders infam, den Tod des Demonstranten Jürgen Rattay mit der Tätigkeit der Neuen Heimat in Berlin in Zusammenhang zu bringen.' Dieser Satz steht in einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes, die sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftstages der GEW über die Hausbesetzungen in Berlin befaßte. Die Beschlüsse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden uneingeschränkt zurückgewiesen. Der DGB erklärt sich ausdrücklich mit dem DGB Berlin und der Neuen Heimat einverstanden. Gerügt wurde auch der GEW-Aufruf zur Friedenskundgebung, niemand sei berechtigt, im Namen des DGB aufzutreten."

Über das Verhalten der Westberliner DGB-Führer im Zusammenhang mit der Räumung von acht besetzten Häusern am 22. September und kriegsähnlichem Polizeieinsatz, dem Jürgen Rattay zum Opfer fiel, hat der „Rote Morgen" bereits mehrfach berichtet. Dieses Verhalten hat unter allen fortschrittlichen Gewerkschaftern große Empörung ausgelöst. Nicht genug damit, daß die Neue Heimat durch ihre Räumungsklage das Signal für den Polizeieinsatz gegeben hat (bekanntlich gehören sechs der acht geräumten Häuser der Neuen Heimat), — selbst nachdem Jürgen Rattay auf der Straße verblutet war, fuhren die DGB-Bonzen fort, die Räumung als „friedlich" und „rechtsstaatlich" zu verherrlichen, verteidigten und lobten sie das Vorgehen der Polizei als „besonnen" und „begrüßenswert".

Gipfelpunkt dieser skandalösen Politik der Sickert, Koch und Konsorten war es, daß sie sich nicht schämten, eine Bauarbeiterdemonstration gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Westberliner Bauindustrie, die seit längerem angesetzt war und zwei Tage nach der blutigen Räumungsaktion stattfand, umzufunktionieren zu einer Hetz- und Propagandaveranstaltung gegen Hausbesetzer und Demonstranten, bzw. für die Räumungs- und Polizeiknüppelpolitik des CDU-Senats.

Inzwischen haben außer dem GEW-Gewerkschaftstag auch eine Reihe weiterer gewerkschaftlicher Gremien gegen das Verhalten der Berliner DGB-Führung protestiert, u.a. auch der Westberliner Bezirksvorstand der Gewerkschaft HBV (siehe untenstehenden Bericht).

Was den Aufruf des GEW-Gewerkschaftstages zur Bonner Friedensdemonstration betrifft, so genügt es wohl, darauf hinzuweisen, daß der DGB-Bundesvorstand mit seinem berüchtigten Teilnahmeverbot eine noch nie dagewesene Welle des Protestes und der innergewerkschaftlichen Auflehnung gegen diesen Beschluß im gesamten DGB provoziert hat und daß unter den 300000 Demonstranten in Bonn auch Zehntausende von aktiven Gewerkschaftern waren (siehe auch nebenstehenden Kommentar).



Klaus-Jürgen Rattay liegt tot auf der Straße. DGB-Führung: Ein besonnener und vorbildlicher Einsatz der Polizei.

Im Wortlaut

Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages

Im folgenden drucken wir den Beschluß des Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den Räumungen von acht besetzten Häusern am 22. September in Westberlin ab:

„Aufgrund der von der Neuen Heimat gestellten Räumungsanträge ist es in Berlin am 22. September 1981 zu schweren voraussehbaren Auseinandersetzung gekommen, in deren Verlauf ein junger Mensch getötet wurde.

Die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages kritisieren aufs schärfste die Räumungsklage und Strafanträge der Neuen Heimat gegen die Instandbesetzer in Berlin.

Gerade die Neue Heimat als gewerkschaftseigenes Unternehmen darf nicht nur nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen.

Ihr sozialer Auftrag bestimmt sich vielmehr gemäßt dem wohnungsbaupolitischen Konzept des DGB (s. DGB-Grundsatzprogramm, Punkt 22: „Sicherung der Wohnungsversorgung").

Mit Betroffenheit stellen wir fest, daß die Neue Heimat im Gegensatz zu diesem Auftrag durch ihre Räumungsanträge zum Vorreiter einer Wohnungspolitik wurde, deren wesentliche Nutznießer Spekulanten, Großverdiener und das Finanzkapital sind.

Wir fordern eine sofortige Abkehr von dieser Politik — das heißt:

1. **Keine weiteren Räumungsanträge für instandbesetzte Häuser, die der Neuen Heimat gehören!**
2. **Rücknahme von Strafanträgen gegen die Instandbesetzer!**
3. **Entwicklung eines wohnungsbaupolitischen Konzeptes durch den DGB, das die Konzepte der Hausinstandbesetzer berücksichtigt!"**

Beschluß des Landesbezirksvorstands Berlin der HBV:

Neue Heimat soll Strafanträge zurücknehmen

WESTBERLIN. — Wie uns vor kurzem bekannt wurde, forderte der Berliner Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in einem wenige Tage nach der Berliner Häuserräumung vom 22. September einstimmig gefaßten Beschluß die Rücknahme der Strafanträge gegen die Hausbesetzer durch die Neue Heimat.

Der Berliner HBV-Landesbezirksvorstand erklärt in dieser Entschließung *„den DGB-Beschluß vom 21.9.1981, der die Räumung indirekt befürwortet, für politisch falsch".* Die Räumungsaktion sei geeignet gewesen, *„den Frieden und das Zusammenleben der Bürger dieser Stadt zu stören".*

Weiter heißt es in der Entschließung:

„Die Durchsetzung eines abstrakten Rechtsgutes gegen den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere junger Menschen, muß zurückstehen, wenn dies nur durch unangemessene staatliche Gewaltmittel möglich ist.

Das Gesprächsangebot an die Besetzer durch Innensenator Lummer vor der Presse in einem geräumten Haus hält der Landesbezirksvorstand für eine zynische Entgleisung, die Zweifel an der Person des Innensenators berechtigt erscheinen lassen."
(...)

„Der HBV-Landesbezirksvorstand geht davon aus, daß der Innensenator die erste größere Räumungsaktion mit Häusern der gewerkschaftseigenen ‚Neue Heimat' begonnen hat, um damit auch die Gewerkschaften in Teilen der Bevölkerung zu diskreditieren." (...)

„Der DGB-Berlin wird gebeten, die ‚Neue Heimat' zu veranlassen, die Strafanträge gegen die Hausbesetzer zurückzunehmen, damit Gesprächsvoraussetzungen gegeben sind."

Auch wird der DGB-Berlin in der Entschließung aufgefordert:

- *„aktiv gegen die Stimmungsmache aufzutreten, die dazu führt, immer größer werdende Bevölkerungskreise zu kriminalisieren und damit neue Gewalt zu provozieren";*
- *„gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften auf der Grundlage seiner Beschlüsse eine konstruktive wohnungspolitische Lösung (unter einbeziehung alternativer Vorschläge) im Sinne der Arbeitnehmer dieser Stadt zu erarbeiten".*

Tumultartige Sitzung des EGB-Vorstands

Vetter blockierte die Aufnahme der DISK

BRÜSSEL. — Durch ein Erpressungsmanöver verhinderte der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter jetzt die Aufnahme der türkischen Gewerkschaft DISK und der spanischen Gewerkschaft Comisiones Obreras in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Wie aus einem Bericht der Tageszeitung „Die Neue" hervorgeht, hat der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf einer tumultartig verlaufenden Vorstandssitzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel mit der Einstellung der Beitragszahlung durch den DGB gedroht, falls die Aufnahme der beiden genannten Gewerkschaftsverbände beschlossen würde.

Daraufhin wurde beschlossen, auf die Beschlußfassung über die Frage der Aufnahme zunächst zu verzichten. Laut „Die Neue" war die Stimmenlage im EGB-Vorstand 26 zu 7 für die Aufnahme gewesen.

Der EGB-Vorsitzende Kok (Vorsitzender des Niederländischen Gewerkschaftsverbandes FNV) habe sich aus Empörung über das erpresserische Vorgehen der Deutschen geweigert, den Beschluß nach der Sitzung vor der Presse bekanntzugeben. Kok habe außerdem geäußert: „Die Deutschen zahlen am meisten und deshalb zählen die anderen offenbar nicht."

Die Comisiones Obreras sind der größte spanische Gewerkschaftsverband. Sie stehen unter der Führung der revisionistischen spanischen KP. Die DISK ist jener türkische Gewerkschaftsverband, der von der faschistischen Militärjunta sofort nach dem Putsch im Oktober vergangenen Jahres verboten wurde und deren Funktionäre zu Tausenden eingekerkert sind. Gegen 52 führende Funktionäre der DISK wurde inzwischen vor dem Militärgericht bereits die Todesstrafe beantragt (der „Rote Morgen" berichtete darüber).

Vetter kontra GEW

Die DGB-Führung schlägt auf die Lehrergewerkschaft ein, geleitet von der miesen Spekulation, die GEW könne man verhältnismäßig leicht als „Außenseiter" abtun, als Intellektuellenverein, der mit der Arbeiterschaft nichts zu schaffen habe. Aber jeder Kollege sollte sich darüber klar sein, daß hier in Wahrheit keinesfalls nur die GEW gemeint ist. Gemeint sind alle Mitglieder, Gremien, Gliederungen und auch Einzelgewerkschaften des DGB, die den reaktionären, gewerkschaftsschädigenden Kurs der rechten DGB-Führer nicht mehr mitmachen wollen.

Die Fronten liegen doch in Wirklichkeit so: wer im Namen des DGB in einem Chor mit der Springer-Presse gegen Hausbesetzer, Demonstranten und Antimilitaristen hetzt, wer Bürgerkriegsstrategen vom Schlage eines Lummer Beifall zollt, die entfesselten Polizeihorden für die Profitinteressen der Spekulanten, Miethaie und Wohnungsbaukapitalisten prügeln lassen, der erhält volle Rückendeckung durch den DGB-Bundesvorstand; wer die Friedensbewegung bekämpft, 300000 Demonstranten in Bonn als „moskaugesteuert" diffamiert und die mörderische „Sicherheitspolitik" der Bonner Regierung verteidigt, der kann sich des Beifalls der Vetter, Loderer und Kluncker gewiß sein; wer hingegen diese Perventierung gewerkschaftlicher Politik nicht mehr mitverantworten will, wer sich dagegen wehrt, wer für eine Gewerkschaftspolitik eintritt, die sich an der Erhaltung des Friedens, an demokratischen, antifaschistischen Zielen orientiert, der muß noch froh sein, wenn er kein Ausschlußverfahren wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" bekommt.

Dieser Zustand in unseren Gewerkschaften wird um so untragbarer und gefährlicher, je mehr sich mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise die gesellschaftlichen, die politischen und sozialen Frontstellungen zwischen den fortschrittlichen und demokratischen Kräften einerseits und den reaktionären, kriegstreiberischen und faschistischen Bestrebungen andererseits zuspitzen. Deshalb muß sich heute jeder fortschrittliche Gewerkschafter die Frage vorlegen: wie und auf welchem Wege kann dieser untragbare Zustand in absehbarer Zeit beseitigt, verändert werden?

Es wird Zeit, daß in unseren Gewerkschaften nicht länger Kollegen mit Sanktionen belegt und mundtot gemacht werden, die sich gegen reaktionäre, gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen wehren. Nötig ist es stattdessen, daß denjenigen Elementen im Gewerkschaftsapparat endlich das Handwerk gelegt wird, die systematisch und zielbewußt solche Bestrebungen fördern und decken.

Opel-Werke Bochum

Gewerkschaftsausschlüsse gegen IG Metaller

BOCHUM. — Wie aus einem Flugblatt der Betriebsgruppe Opel der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) hervorgeht, wurden vor einigen Wochen zahlreiche Mitglieder aus der IG Metall ausgeschlossen. Der Grund: Die betroffenen Kollegen hatten auf oppositionellen bzw. rivalisierenden Listen gegen die offizielle IGM-Liste für den Betriebsrat kandidiert.

Bei den Ausgeschlossenen handelt es sich um Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen", sowie um Kollegen von zwei weiteren Listen, die bei der letzten Betriebsratswahl kandidiert hatten. Wie es in dem RGO-Flugblatt heißt, wurden die Ausschlüsse unter der Federführung des Betriebsratsvorsitzenden Perschke betrieben. Auch die DKP gehört zu den Unterstützern des Ausschlußterrors.

Zweifellos ist die Ausschlußaktion bei Opel in Bochum mit dem Frankfurter IG-Metall-Vorstand abgesprochen. Sie kommt zu einem Zeitpunkt, da der IGM-Vorstand die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einbezogen und diese dadurch politisch ausgeweitet hat, zu einem Zeitpunkt, da auf der anderen Seite die Opposition und der Widerstand in der IG Metall gegen arbeiterfeindliche und reaktionäre Schritte der IGM-Führung deutlich zunimmt.

Die Ausschlüsse bei Opel in Bochum dürfen von den fortschrittlichen und oppositionellen Kräften in der IG Metall auf keinen Fall hingenommen werden. Sie müssen, wie auch die Massenausschlußverfahren bei HDW in Hamburg, wie die Ausschlußverfahren in Bremen und anderswo, mit breitem Protest beantwortet und verstärkt bekämpft werden.

Gleichzeitig muß auch die Forderung nach der Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse verstärkt erhoben werden. Mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen hat der zunehmende Ausschlußterror gegen kommunistische und andere klassenkämpferische Gewerkschafter seinen Ausgang genommen. Diese Ausschlußpolitik wird von den Bonzen jetzt zunehmend auf alle oppositionellen Regungen in der IG Metall gerichtet.

Streit zwischen IGM-Funktionären über Tarifrunde 81/82

Loderer versucht, den „Erwartungshorizont" zu drücken

Soll die „Tarifrente" mit Lohnverzicht erkauft werden?

FRANKFURT. — Über die Marschrichtung für die Tarifrunde 81/82 hat sich innerhalb der höheren Funktionärsgremien der IG Metall ein Streit entwickelt. Ursache ist der Versuch eines Teils der IGM-Führer mit Eugen Loderer an der Spitze, die Forderung nach Herabsetzung des Rentenalters gegen die Forderung nach Reallohnsicherung auszuspielen und dadurch die Lohnforderungen der IG Metall zu drücken.

Wie im „Roten Morgen" bereits berichtet wurde, hat der Vorstand der IG Metall auf einer Klausurtagung, die vom 19. bis 22. September in Ludwigsburg stattfand, ein Konzept für die tarifpolitische Marschrichtung 1981/82 der IG Metall auf den Tisch gebracht, das einen spektakulären Punkt enthält: Die IGM soll die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 60 Jahre mit Lohnausgleich durch einen Tarifvertrag fordern.

So begrüßenswert diese Forderung als solche unzweifelhaft ist, so zeigte sich doch gleichzeitig ein Pferdefuß an dem Konzept, das in Ludwigsburg aufs Tapet gekommen war: Der IGM-Chef Loderer und sein „Tarifexperte" im geschäftsführenden Hauptvorstand, Hans Janßen, ließen anklingen, daß man bei Aufstellung der „Tarifrente" als Forderung nicht um Abstriche in der Lohnfrage herumkomme.

Um es im Klartext zu formulieren: die Loderer, Janßen und Co. spekulieren offensichtlich damit, bei einer Verknüpfung der Lohnverhandlungen mit den Verhandlungen um die Tarifrente den Erwartungshorizont der IGM-Mitglieder in Bezug auf die Lohnforderung drücken zu können. So hoffen sie, die Kollegen zum Verzicht auf den Kampf für die Sicherung der Reallöhne bewegen zu können.

Loderer sagte zum Beispiel, „angesichts des kleineren Verteilungsspielraums müßten materielle Abstriche bei den quantitativen Forderungen gemacht werden". Zahlen wollte Loderer dabei zwar nicht direkt nennen, jedoch wies er darauf hin, frühere Berechnungen der Abteilung Sozialpolitik der IG Metall, hätten ergeben, daß jedes Jahr Lebensarbeitszeitverkürzung Kosten von derzeit rund 0,6 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme für die Unternehmer bedeuten würde.

Der IGM-Vorstand hatte am Ende der Klausurtagung in Ludwigsburg angekündigt, bereits am 12. Oktober solle die Diskussion über das vorgeschlagene Konzept in der Organisation beendet werden. An diesem Tag werde der Vorstand eine Empfehlung an die Tarifkommission über Höhe und Art der Forderungen beschließen. Allerdings solle diese Forderung nicht veröffentlicht werden.

Nach dem, was aus der bürgerlichen Tagespresse hervorgeht, scheint es nun aber zu einem solchen Beschluß am 12. Oktober doch noch nicht gekommen zu sein. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß es innerhalb des IGM-Funktionärskörpers starke Widerstände gegen Loderers Konzept gibt.

So haben die Großen Tarifkommissionen der IG Metall Baden-Württembergs Kritik an dem Loderer-Konzept geübt und mit der Begründung, die Sicherung des Reallohnes müsse Vorrang haben, die Verknüpfung der Herabsetzung des Rentenalters mit der Lohnbewegung abgelehnt. Als Marschrichtung einigten sich die Tarifkommissionen Baden-Württembergs stattdessen darauf, daß die Tarifrente angepackt werden könne, sobald die Sicherung des Reallohnes gesichert worden sei.

In Nordrhein-Westfalen hat bisher der Bezirk Hagen Bedenken gegen Loderers Marschrichtung angemeldet. Hingegen hat insbesondere der Essener Bezirksleiter Kurt Herb, der wegen seiner verräterischen Politik beim Stahlarbeiterstreik für die 35-Stunden-Woche berüchtigt ist, mit großem Eifer für die Tarifrente Stellung bezogen, wobei Herb bezeichnenderweise betont, die Tarifrente sei eine „qualitative Regelung", die besonders wertvoll sei und deshalb auch Geld koste. Deshalb sei es — so Herb — eine Illusion, zu glauben, Lohnrunde und Tarifrente könnten „getrennt voneinander gemacht" werden.

Die Art, wie Loderer, Janßen und Konsorten die „Tarifrente" jetzt in das tarifpolitische Konzept der IGM einbauen wollen, hat noch einen weiteren Pferdefuß: offensichtlich will man dadurch gleichzeitig die 35-Stunden-Woche von der Tagesordnung absetzen. Bekanntlich rückt ja der Zeitpunkt zusehends näher, wo der Tarifvertrag ausläuft, mit dem die IGM-Führer seinerzeit die 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre festschreiben ließ: dieser Tarifvertrag ist zum 31. Dezember 1983 kündbar. Hans Janßen hat bereits in Ludwigsburg gegenüber der Presse darauf hingewiesen, daß als Preis für die Tarifrente eventuell auch eine weitere Festschreibung der 40-Stunden-Woche in Betracht komme.

Auch an diesem Punkt gibt es jedoch starke Widerstände in Funktionärskreisen der IGM. So wird zum Beispiel von den Baden-Württembergischen Tarifkommissionen die arbeitsmarktpolitische Wirkung der Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, wie Loderer, Janßen und andere sie reklamieren wollen, bestritten. Dieser Effekt sei so minimal, daß er mit dem arbeitsmarktpolitischen Effekt, der von der 35-Stunden-Woche zu erwarten ist, überhaupt nicht verglichen werden könne. In Baden-Württemberg seien lediglich 1,8 Prozent der Beschäftigten von der Rentenfrage überhaupt betroffen.

Nach Presseberichten will der IGM-Vorstand jetzt im November endgültig darüber entscheiden, ob die Tarifrente in die kommende Lohnrunde eingebracht werden soll (siehe auch nebenstehenden Kommentar).

Tarifrente ja — aber ohne Verzichtsleistungen

Endlich hat der IG-Metall-Vorstand die lange schon notwendige Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf die Tagesordnung gesetzt. Ein Schritt, den man nur begrüßen kann angesichts der Tatsache, daß heute ungefähr jeder zweite Arbeiter vor dem Erreichen des Rentenalters aus dem Berufsleben ausscheiden muß, weil seine Arbeitskraft und seine Gesundheit vorzeitig verschlissen sind (viele Kollegen erleben das Rentenalter nicht einmal mehr).

Und warum sollte dabei nicht der tarifvertragliche Weg eingeschlagen werden? Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde gesetzlich erst eingeführt, nachdem die schleswig-holsteinischen Metaller sie durch ihren berühmt gewordenen Streik per Tarifvertrag erkämpft hatten.

Sicher müssen auch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen bekämpft und verbessert werden, die Ursache der erschreckenden Frühinvalidität sind. Aber beim erreichten Stand des technischen Fortschritts, bei der hohen Produktivität der Arbeit ist es doch überhaupt nicht einzusehen, daß der Arbeiter und Angestellte nicht das Recht haben sollte, spätestens mit 60 Jahren in Rente zu gehen und sich von vielen Jahrzehnten schwerer Arbeit auszuruhen.

Insofern sollte man also unserer Meinung nach die IG-Metall-Führer in Bezug auf das, was sie bei ihren bisherigen Beratungen als tarifpolitische Marschrichtung für die kommende Lohnrunde entwickelt haben, unbedingt in die Pflicht nehmen!

Ganz anders jedoch verhält es sich mit allen Versuchen, die Tarifrente gegen qualitativ andere und zumindest ebenso wichtige und unverzichtbare Forderungen aufzurechnen und auszuspielen, wie sie in einer ganzen Reihe von Äußerungen Loderers und Janßens angeklungen sind. Die Kritik an diesen Versuchen, wie sie bereits von vielen Mitgliedern und Funktionären der IG Metall geübt wurde, unterstützen wir voll.

Nur sollte man sich davor hüten, in den Fehler zu verfallen, nun selbst die eine Forderung der anderen als alternativ entgegenzustellen!

Ganz klar: Es darf keinerlei Abstriche bei den Lohnforderungen geben! Reallohnsicherung ist das unverzichtbare Minimalziel, für das alle Kampfkraft eingesetzt werden muß. Und was die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich betrifft, so muß sie völlig unabhängig von der Frage des Rentenalters ein Hauptziel der gewerkschaftlichen Tarifpolitik werden bzw. bleiben. An arbeitsmarktpolitischer Wirkung, d.h. als Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, kann sich die Herabsetzung des Rentenalters sowieso nicht mit der 35-Stunden-Woche messen!

Notwendig sind alle drei Forderungen. Und es ist überhaupt nicht gesagt, daß ein erfolgreicher Kampf in dieser Lohnrunde nicht sowohl für Reallohnsicherung als auch für die Tarifrente möglich ist. Ein machtvoller Kampf für mehr Lohn kann die Kraft der Arbeiterklasse so zur Entfaltung bringen, daß die Unternehmer gleichzeitig auch in der Tarifrente zu Zugeständnissen gezwungen werden können. Das ist jedenfalls nicht undenkbar. Und eine in diesem Sinn erfolgreiche Tarifrunde kann auch dem Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich neue Dynamik verleihen.



Im vergangenen Frühjahr kämpften die Metaller so breit wie noch nie zuvor für ihre Lohnforderungen. Die IG-Metall-Führung aber weigerte sich, die Urabstimmung und den Vollstreik zu organisieren. Dadurch kam die Kampfbereitschaft der Kollegen nicht voll zum Tragen.

Teuerung galoppiert mit wachsendem Tempo

Der Reallohnabbau muß gestoppt werden!

Wie hoch müssen unsere Lohnforderungen liegen?

Im September 1981 meldete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden einen Anstieg der Preise für Konsumgüter gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 6,6 Prozent. Allein seit August war ein Preisanstieg um 0,5 Prozent zu verzeichnen! Es ist zu befürchten, daß die Preissteigerungsrate spätestens bis zur Jahreswende 1981/82 die 7-Prozent-Marke erreichen wird!

Schon jetzt ist mit über 6 Prozent Teuerungsrate die stärkste Inflation seit dem Jahr 1974 zu verzeichnen. Höher als gegenwärtig lag die Teuerungsrate zuletzt im Oktober 1974, wo sie 7,1 Prozent betrug.

Bekanntlich brachte die Lohnrunde 80/81 Bruttoerhöhungen der Löhne und Gehälter zwischen 4,3 und maximal 5 Prozent. Im Schnitt ergibt sich also von daher bei der jetzigen Teuerungsrate ein Lohnabbau von ca. 2 Prozent. Es ist zu erwarten, daß dieser Lohnabbau bis zum Jahresende noch mindestens auf etwa 2,5 Prozent ansteigen wird.

Diese Zahlen müssen aber unter dem Vorbehalt betrachtet werden, daß sie das Sinken der Reallöhne in seinem ganzen Ausmaß nicht zum Ausdruck bringen. Denn es wird ja von den **Brutto**lohnerhöhungen ausgegangen. **Netto** aber bleiben die Lohn- und Gehaltserhöhungen noch um einiges hinter den nackten Zahlen zurück, die in den Tarifverträgen festgehalten sind.

Dafür sorgen die überproportional steigenden Abzüge, bedingt durch die Lohnsteuerprogression sowie durch die steigenden Sozialabgaben. Nach Berechnungen der Arbeiterkammer Bremen muß der dadurch bedingte Verlust bei einer Bruttolohnerhöhung von 5 Prozent mit ca. 1,6 Prozent veranschlagt werden.

Auf der anderen Seite werden natürlich die Arbeiterhaushalte durch die von Wiesbaden gemeldete Teuerungsrate uneingeschränkt getroffen, ja die Teuerung schlägt eher sogar noch stärker zu Buche, weil von Preissteigerungen überdurchschnittlich betroffene Posten, für die eine Arbeiterfamilie einen erheblichen Teil ihrer Ausgaben bestreiten muß (z.B. Heizkosten), in der Regel stärker ins Gewicht fallen, als die bürgerliche Statistik eingestehen will.

Aus all diesen Gründen muß davon ausgegangen werden, daß allein für den realen Ausgleich der Preissteigerungen seit der letzten Lohn- und Gehaltserhöhung ein Tarifabschluß von etwa 9 Prozent nötig wäre, setzt man voraus, daß die Teuerungsrate bis zur Jahreswende bei etwa 7 Prozent angestiegen sein wird.

Bei diesen 9 Prozent wäre allerdings der Produktivitätsanstieg bzw. die pro Arbeiter und Angestellten gesteigerte Arbeitsleistung noch überhaupt nicht berücksichtigt. Der sogenannte „Umverteilungsprozeß" zugunsten der Unternehmer würde also bei diesen 9 Prozent nicht aufgehalten. Vielmehr würden bei gleichzeitig stagnierendem Lohn- und Gehaltsniveau die Unternehmergewinne weiterhin anwachsen.

Nicht berücksichtigt bei diesen 9 Prozent ist ferner die Tatsache, daß die Rotstiftpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden dem Arbeiterhaushalt (bzw. dem Haushalt der kleinen Angestellten) zusätzliche finanzielle Belastungen von erheblichem Gewicht aufbürden. Diese zusätzlichen Belastungen werden von der Wiesbadener Preisstatistik überhaupt nicht registriert. Beispielsweise, wenn bestimmte Ausbildungskosten bzw. Unterbringungskosten für die Kinder, die bislang von der öffentlichen Hand finanziert worden sind, plötzlich auf die Eltern abgewälzt werden.

Alles in Allem ergibt sich unterm Strich, daß von einer Sicherung der Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten nicht im entferntesten die Rede sein kann, wenn in der bevorstehenden Lohnrunde nicht Tarifabschlüsse von mindestens 10 Prozent durchgesetzt werden. Und selbst Tarifabschlüsse in dieser Höhe könnten ein weiteres Absinken unseres Lebensstandards noch nicht stoppen, falls es uns nicht gleichzeitig gelingt, die von der Bundesregierung in ihrem Haushaltsplan vorgesehenen Einsparungen bei den Sozialleistungen durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen abzuwehren.

Gesundheitstag in Hamburg

„Dieser Kongreß hat Mut gemacht!"

Ein Gespräch mit dem Kieler Arzt Peter Reibisch

Nur kurze Zeit nach dem Hamburger Kongreß „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg" fand, ebenfalls in Hamburg, der Gesundheitstag '81 statt, auf dem vor allem Ärzte und im Gesundheitswesen Beschäftigte zu vielen Kernfragen der Medizin in der heutigen Zeit Stellung nahmen.

Wir sprachen über diesen Kongreß mit dem praktischen Arzt Peter Reibisch aus Kiel über seine Eindrücke. Peter Reibisch war im letzten Jahr Kieler Direktkandidat der VOLKSFRONT im Bundestagswahlkampf.

„Dieser Kongreß hat Mut gemacht!" mit diesen Worten beginnt Peter Reibisch seinen Bericht. „Er hat gezeigt, daß in diesen Kreisen sich doch eine ganze Menge entwickelt hat. Die Eröffnungsveranstaltung des Gesundheitstages wurde genannt ‚Krieg oder Gesundheit'. Das zeigt, daß das Thema Krieg, Atomkrieg, ein Schwerpunkt der ganzen Diskussion auf diesem Gesundheitstag gewesen ist.

Hier die Zusammenfassung der Eröffnungsveranstaltung, wie sie auch im Programm des Gesundheitstages drinsteht:

Krieg oder Gesundheit

‚Die wachsende Kriegsgefahr zeigt sich nicht nur an der beschleunigten Hochrüstung, der Verfielfachung des nuklearen Vernichtungspotentials, Verschärfung des politischen Klimas, Ausbau des Polizeiapparates, Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze, Maßnahmen gegen das Krankschreiben, Abbau von sozialen Leistungen und Abbau der Gesundheitsversorgung gehen mit der Hochrüstung einher.

Das Gesundheitswesen soll durch ein geplantes Gesundheitssicherstellungsgesetz dem Kriegs- und Spannungsfall angepaßt werden. Diese Anpassung bedeutet eine umfangreiche Datenerfassung von mehreren Millionen Menschen, die etwas mit dem Gesundheitswesen zu tun haben oder hatten, und eine empfindliche Einschränkung ihrer Grundrechte. Diese Anpassung bedeutet auch, daß im Ernstfall die medizinische Versorgung alter Menschen, chronisch Kranker und Behinderter faktisch aufgegeben wird.

Mit Katastrophenmedizin und Katastrophenpsychiatrie soll die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges verwaltet werden. Unsere Aufgabe soll dann darin bestehen, die Kriegsopfer auseinanderzuselektieren, um die sowieso nutzlose medizinische Hilfe noch so rationell wie möglich einzusetzen.

Im Krieg und bei inneren Unruhen ist uns die Aufgabe zugedacht, ‚Panikpersonen' und ‚Störer' zu erkennen und unschädlich zu machen, um die Kriegsmaschinerie nicht ins Stocken geraten zu lassen. Das ist die ausdrückliche Vorstellung der Militärmediziner und Militärpsychiater, die das Bundesverteidigungsministerium beraten. Damit würde die Medizin in die bekannten Fußtapfen der nationalsozialistischen Medizin treten, würde wieder einmal bedingungslos eine Politik unterstützt werden, die bewußt das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel setzt. Indem behauptet wird, daß gesundheitliche Versorgung im Nuklearkrieg möglich ist, trägt sie dazu bei, daß ein solcher Krieg wieder vorstellbar, führbar und gewinnbar erscheint.

Wir wollen uns dem nicht beugen, wir wollen die Deklassierung und Pervertierung der Medizin nicht hinnehmen, wir werden den Widerstand aufnehmen und dazu beitragen, daß eine starke Friedensbewegung die Kriegsvorbereitung aufhält.' — Soweit das Zitat.

Das war so ein richtig begeisternder Auftakt des Gesundheitstages, auf dem etwa 15000 fortschrittliche Menschen sich miteinander unterhielten. Sicher die Hälfte von ihnen hat an solchen Veranstaltungen des Kongresses teilgenommen, die die Friedensbewegung unterstützten.

Mediziner gegen die NATO

Für mich war ein Zeichen dafür, wie weit sich die Bewegung in den letzten ein, zwei Jahren entwickelt hat, folgendes:

Als wir vor ein oder zwei Jahren auf solchen Veranstaltungen von Neutralität der Bundesrepublik und Austritt aus der NATO erzählten, wurden wir noch ziemlich für Spinner gehalten; das galt für völlig unrealistisch. Nur ein Jahr weiter, heute also ist es so, daß die Masse derjenigen, die an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben, die Forderung nach Neutralität und Austritt aus der NATO beklatscht haben, die meisten waren damit einverstanden. Das zeigt, wie schnell sich die Friedensbewegung doch vertieft hat.

Mehr als 500 Veranstaltungen

In über 500 Veranstaltungen wurden beinahe alle Bereiche von Medizin, Gesundheit und Gesellschaft kritisch unter die Lupe genommen. Es wurde berichtet, wie wir krank gemacht werden. Es fanden Veranstaltungen statt, wo die krankmachende Wirkung von Schichtarbeit genau untersucht und mit Zahlen belegt wurde, wo über die krankmachende Wirkung der Arbeitslosigkeit berichtet wurde, wo über Schadstoffe am Arbeitsplatz, über Umweltvergiftung berichtet wurde. Diese Veranstaltungen wurden z.T. auch von gewerkschaftlichen Kreisen getragen.

Eine Veranstaltung hat mich besonders beeindruckt: eine Gruppe von praktischen Ärzten, Chemikern, Sozialarbeitern und drei Betriebsräten aus Hamburg-Wilhelmsburg trug ihre Arbeitsergebnisse vor. Sie haben in den letzten sechs Monaten selbständig chemische Untersuchungen der Luft und der Erde in diesem Bereich gemacht und die Verseuchung und Verschmutzung selbst nachgewiesen, was vom Staat und seinen dazu eigentlich vorgesehenen Behörden immer verheimlicht wird, und haben mit Hilfe der praktischen Ärzte untersucht, wie sich das bei der Gesundheit der Kollegen, die in Behandlung kommen, niederschlägt. Es gab sehr viele Diskussionen und Anregungen für die weitere Arbeit in den Betrieben. Das war für micht ein sehr positives Beispiel, wie die Rolle der Medizin im Rahmen der Arbeiterbewegung sein müßte.

Kapitalistische Klassenmedizin

„Es wurde die fürchterliche Hetze in den Krankenhäusern angeprangert, es wurde angeprangert, wie die Herrschenden mit Hilfe von Gutachten eine ganz schlimme Klassenmedizin betreiben, mit denen den Kollegen ihnen zustehende Renten und andere Rechte verweigert werden, es wurden mehrere Veranstaltungen über die Praktiken der Pharmakonzerne gemacht. Zum Beispiel trat eine Gruppe von drei Ärzten auf, die das ‚Novalgin' untersucht und die schädigende Wirkung dieses Schmerzmittels nachgewiesen hatte. Und diese Ärzte haben anhand von Material, das sie aus den Konzernen, in denen dieses Mittel hergestellt wird, erhalten haben, bewiesen, daß sich die Konzernspitzen im Grunde seit dem ‚Dritten Reich' in ihrer Haltung zum Menschen in der Medizin nicht grundlegend geändert haben; es sind die gleichen menschenfeindlichen Methoden, mit denen heute in der Medizin Geschäfte gemacht werden."

„Wir selbst, Ärzte aus Kiel, sind in einer Altenhilfegruppe tätig, wo wir in den letzten Monaten eine recht gute Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben, über diese Arbeit haben wir berichtet. Und Hamburger Mediziner berichten folgendes: dort wird, wie in allen Teilen unseres Landes, bei der Versorgung der alten Menschen massiv gespart. Es wurde ein Plan des Hamburger Senats vorgelegt: da will man zum Beispiel bei den alten Menschen die Unterstützung für Kohle und fürs Heizen sparen. Der Hamburger Senat verspricht sich davon Einsparungen in Höhe von 400000 DM im nächsten Jahr, dadurch, daß er den alten Menschen die Kohle wegnimmt! Das heißt: kältere Wohnungen, das heißt: früheres Sterben oder schnelleres Einweisen in Altersheime. Es werden in Hamburg — allein in Hamburg! — im nächsten Jahr 1,5 Millionen an Hilfen für den Haushalt bei alten Menschen gespart."

Einige Schwächen des Kongresses

„Ich will zum Schluß eingehen auf einige Schwächen, die nach meiner Meinung auf diesem Kongreß aufgetreten sind und die man auch nicht verheimlichen sollte.

Es fand sich ein Sammelsurium kritischer Meinungen, fanden sich tausend Analysen und tausend Ziele, aber es herrschten doch ziemlich hilflose, zieллose Konzepte vor, wie man dem ganzen beikommen kann. Das große Schlagwort war die „Selbsthilfe": die Menschen müßten sich überall, wo sie krank gemacht werden, zusammentun in Selbsthilfegruppen und sich wehren gegen die krankmachenden Ursachen und die Umwelt, die dahintersteckt; ein Konzept, daß man in einer sehr menschenfeindlichen Umwelt so „Inseln der Zufriedenheit" schaffen könne. Das scheint mir ein sehr unrealistisches Konzept.

Was in diesem Zusammenhang eben auffiel, war, daß all den fortschrittlichen Menschen, die sich da orientierten und diskutierten, die Orientierung auf den Kampf der Werktätigen weitgehend fehlte. Zum Teil wurde sogar eine verächtliche Haltung der Arbeiterklasse gegenüber verbreitet. Das ist ein großer Mangel deswegen, weil all diese fortschrittlichen Menschen oft unter sich bleiben und arbeiten; sie finden nicht die Verbindung zu den arbeitenden Menschen und können sich nicht mit ihnen zusammenschließen und führen insofern ihren Kampf vorbei an der Arbeiterklasse und blicken oft auf die werktätigen Menschen mit viel Unverständnis herunter. Die feste Überzeugung, daß nur die Arbeiterklasse das Gesundheitswesen und damit die Volksgesundheit grundlegend verbessern kann, fehlte weitgehend.

Viel Schuld daran trägt, das muß man unbedingt dazu sagen, auch die gegenwärtige Gewerkschaftsführung. Das wurde in vielen Diskussionen deutlich. Alle, die im Gesundheitswesen solche Kämpfe irgendwann geführt haben, haben irgendwann versucht, in den Gewerkschaften zu arbeiten, sich zu wehren innerhalb der Gewerkschaften. Aber es ist eben verdammt schwer heute, in den Gewerkschaften einen fortschrittlichen Kampf zu führen, zumal man oft gleich wieder rausfliegt, wenn man sich wehrt. Die jetzige Gewerkschaftsführung verhindert in ganz großem Umfang immer noch eine gewerkschaftliche Orientierung all dieser fortschrittlichen Menschen in der Medizin."

„Ein Beispiel?" — Das kann ich euch gerne geben.

Es geht im wesentlichen um die ÖTV, in der vor allem die in Krankenhäusern Beschäftigten organisiert sind. Dort wird seit Jahren jede Initiative von unten unterdrückt, das ist nicht nur bei uns in Kiel so, das ist im gesamten Bundesgebiet so. Bei uns ist zum Beispiel der verantwortliche Sekretär der ÖTV für das Gesundheitswesen, Fricke, für seine Politik geradezu berüchtigt.

Es ist natürlich auch so, daß es sich in diesem Bereich oft um Studenten handelt, die voller Illusionen in die Gewerkschaft reingehen, ordentlich auf den Putz hauen und gleich eins aufs Dach kriegen. Viele resignieren dann sehr schnell und lehnen die Gewerkschaft ganz ab. Die Schuld liegt aber eindeutig bei der Führung und ihrer gewerkschaftsfeindlichen Politik.

Aus solchen Erfahrungen wurde leider auch auf dem Gesundheitstag oft der Schluß gezogen, man müsse neben der Gewerkschaftsbewegung mit kleinbürgerlichen Vorstellungen alleine seinen Weg gehen. Und das ist so schade und so schädlich."



Im Ernstfall wird es für Millionen keine Hilfe mehr geben. Deshalb kämpfen auch Ärzte dafür, diesen Ernstfall zu verhindern.

Faschistisches Gedankengut

Mit einer unglaublichen Hetze reagierte das „Deutsche Ärzteblatt" auf den Hamburger Kongreß „Ärzte gegen den Atomkrieg". Unter dem pathetischen Titel „Ein Angriff auf die sittliche Substanz des Arzttums" gibt J.F. Volrad Deneke vom Bundesvorstand der Ärztekammer in der Nummer 40/81 dieses Blattes einen Kommentar darüber ab, den Peter Reibisch als „unverschämt und faschistisch" kennzeichnet: „Das ist der Ton von nach '33!" Stimmt. Hier einige Auszüge:

„Nehmen wir eine kritische Wertung des Vorganges vorweg: Unter der Devise ‚Ärzte warnen vor dem Atomtod' wurde zu Lasten der Selbstverteidigungsbereitschaft in der NATO ganz offenkundig Propaganda zugunsten der vom sowjetischen Imperialismus militant gerüsteten sozialistischen Internationale betrieben. Ideologisch ambivalente Profilneurotiker und gewissenhafte Sektierer waren auch diesmal wieder bereit, an der ethischen Tarnkappe materialistischer Machtpolitik mitzustricken. (...)

Zum Mißbrauch: Die Parole ‚Ärzte warnen vor dem Atomtod' unterstellt, daß es besondere ärztliche Gründe gäbe, gerade vor atomaren Energien zu warnen. *Solche besonderen ärztlichen Gründe gibt es nicht. Die Schlagzeilen ‚Ärzte warnen vor dem Verkehrstod' oder ‚Ärzte warnen vor dem Knollenblätterpilz' haben keine geringere ethische Dimension*. Die Zahl der Gefährdeten, Leidenden und Sterbenden ist für die Qualität des ärztlichen Auftrags ebenso irrelevant, wie die Ursachen der Gefährdung und Verletzung von Leib und Leben es sind.

Wenn Ärzte eine besondere Pflicht haben, vor den Gefahren friedlichen oder kriegerischen Einsatzes technischer Mittel und Methoden zu warnen, dann gilt das für den Umgang mit Pfeil und Bogen nicht weniger als für den Umgang mit Atomkraft. (...)

Was heißt das denn, daß die ‚deutsche Zivilbevölkerung bei einem Atomkrieg ohnehin keine Überlebenschance' habe? *Hat die deutsche Zivilbevölkerung denn ohne Atomkrieg eine Überlebenschance?* Nimmt man ‚Bevölkerung' als Summe aller heute Lebenden, so hat davon mit oder ohne Atomkrieg in keinem Falle irgend jemand eine Überlebenschance. Aber es sterben nicht alle auf einmal! Schon griechische Philosophen haben angesichts der Perser-Kriege gefragt, ob es sich in Gemeinschaft schwerer sterben lasse als allein. (...)

Der propagandistische Mißbrauch der Todesangst, die dem Menschlichen zutiefst innewohnt, muß als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden.

Nimmt man als ‚deutsche Bevölkerung' das den einzelnen überlebende deutsche Volk, so ist dessen Überleben wahrlich von noch ganz anderen Gefahren bedroht als einem Atomkrieg. Auch ist das geschichtliche Schicksal des deutschen Volkes und der deutschen Nation den Wortführern der Antiatomkraftpropaganda — soweit aus allen Veröffentlichungen ersichtlich — alles andere als ein inneres Anliegen. Und wäre es dies, so hätte das keinen Bezug zu Besonderheiten ärztlicher Ethik."

„Ein zweites Mal wird man uns nicht glauben"

In einem Referat über das „Gesundheitssicherstellungsgesetz" führte der Sprecher der Hamburger Ärzteinitiative, Eberhard Weber, auf dem Ärztekongreß im September abschließend aus:

„Es ist geradezu unsere Pflicht, uns gegen alle Versuche zu wehren, die vorgeben, Gesundheit sicher zu stellen, in Wirklichkeit aber uns in unserem Wirken einzwängen in ein System der Vernichtung. Auch wird man uns Ärzten ein zweites Mal nicht glauben, ‚von den Vorgängen nicht gewußt und mit ihnen nicht im Zusammenhang gestanden zu hahaben', wie 1949 die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern beteuerte.

Ich will damit sagen: das Gesetz ist noch nicht erlassen. Ich will auch damit sagen, daß wir es verhindern müssen. Und wir müssen es nicht nur verhindern, wir müssen darüberhinaus die Bedingungen, die ein solches Gesetz erforderlich werden lassen, selbst bekämpfen. Und das heißt: Verhinderung der NATO-Nachrüstung als erster Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa.

Sagt man uns, daß Militärbündnisse eine solche Stationierung erforderlich machen, so werden wir auch als Ärzte über die Militärbündnisse diskutieren müssen."

Erklärung europäischer kommunistischer Parteien

Über die Ereignisse in Kosova

Vor kurzem beschlossen sieben marxistisch-leninistische Parteien aus Europa die im Folgenden veröffentlichte Erklärung zu den Ereignissen in Kosova. Darin wird die berechtigte Forderung nach einer eigenen Republik für die albanische Bevölkerung in der autonomen Provinz Kosova verteidigt und die Angriffe der Belgrader Führung gegen die SVR Albanien werden zurückgewiesen.

September 1981
Kommunistische Partei Dänemarks (ML) / DKP(M-L)
Kommunistische Partei Deutschlands / KPD
Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs / PCOF
Revolutionäre Kommunistische Partei Britanniens (M-L) / RCPB(M-L)
Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) — Portugal / PC(r)
Kommunistische Partei Spaniens (M-L) / PCE(M-L)
Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei — Auslandsorganisation / TDKP(Yurtdisi Örgütü)

Seit dem April 1981 sind die Sozialistische Volksrepublik Albanien, ihre Partei der Arbeit und ihr Volk Gegenstand provokatorischer Angriffe seitens der jugoslawischen Führung. Der Vorwand dafür ist bekannt: Die albanische Bevölkerung der Provinz Kosova und der anderen Gebiete Jugoslawiens fordert, gestützt auf die Verfassung der Föderativen Republik Jugoslawien, daß ihr die gleichen wirtschaftlichen und demokratischen Rechte zuerkannt werden wie den anderen Völkern Jugoslawiens. Diese berechtigten Forderungen sind nicht neu. Sie wurden bereits gestellt, als nach dem Krieg von 1939 bis 1945 die Föderative Republik Jugoslawien gegründet wurde.

Die Patrioten, die albanischen Jugendlichen, die unbewaffnet auf die Straße gingen, forderten nur, was ihnen zustand.

Aber statt auf diese berechtigten Forderungen einzugehen beantworteten die jugoslawischen Führer sie mit einem Blutbad und ermordeten Hunderte von Demonstranten. Die Sozialistische Volksrepublik Albanien verhielt sich zu dieser Situation so, wie es den Interessen der Bruderbevölkerung von Kosova und denen der anderen Völker Jugoslawiens entspricht.

Sie nahm — wie es ihr gutes Recht ist — Stellung zu den Ungerechtigkeiten, denen die albanische Bevölkerung von Kosova seit langem ausgesetzt ist. Und diese Situation hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert sich. In ihrer Stellungnahme hat die Sozialistische Volksrepublik Albanien in keinster Weise die Souveränität und die territoriale Integrität der Föderativen Republik Jugoslawien beeinträchtigt.

Sie appelliert an die Vernunft der jugoslawischen Führung und forderte die Erfüllung der Forderungen der albanischen Bevölkerung von Kosova. Dazu hätte es genügt, die jugoslawische Verfassung anzuwenden. Weit davon entfernt, auf diesen Appell zu hören, haben die jugoslawischen Führer ihn beantwortet, indem sie die Unterdrückung in Kosova verstärkten und die Sozialistische Volksrepublik Albanien anklagten, Initiator dieser Demonstrationen zu sein.

Provokatorische Elemente sind so weit gegangen, ein sogenanntes Attentat auf die Botschaft Jugoslawiens in Tirana zu verüben. Die Absicht dabei ist klar. Es geht darum, die Sozialistische Volksrepublik Albanien, ihre Partei und ihr Volk in Verruf zu bringen, die staatlichen Beziehungen zwischen der SVR Albanien und Jugoslawien zu beeinträchtigen, durch Aufhetzung der Völker gegeneinander einen Spannungsherd auf der Balkanhalbinsel zu schaffen, den Manövern der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte USA und UdSSR, den Boden zu bereiten.

Dadurch, daß die jugoslawische Führung sich weigert, die Forderungen der albanischen Bevölkerung von Kosova zu erfüllen, trägt sie die volle Verantwortung für die dortigen Ereignisse. Sie dient damit der kriegstreiberischen Politik der Supermächte in einem Raum, der bereits den Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkriegs erlebte.

Unsere Parteien sind der Ansicht, daß die so entstandene Situation eine große Gefahr für die Völker dieser Region und für den Frieden in Europa darstellt.

Es muß daran erinnert werden, daß das albanische Gebiet von Kosova nach dem Krieg von 1914 bis 1918 entgegen den Protesten der albanischen Patrioten an Jugoslawien angegliedert wurde.

Mit dem Ausgang des ersten imperialistischen Weltkrieges wurde Jugoslawien eine Monarchie, in der ein serbischer König die Macht ausübte. Die anderen Nationalitäten wurden unterdrückt. Insbesondere die Albaner von Kosova, die immer in diesem Gebiet gelebt hatten, wurden systematisch auseinandergesprengt und ausgesiedelt. Die Umsiedlungen der Bevölkerungen, die die chauvinistischen, nationalistischen Serben durchführten, erreichten aber ihr Ziel nicht, den Willen der Albaner zu brechen, frei auf dem Boden ihrer Vorfahren zu leben.

Während des zweiten Weltkriegs führten die Völker Jugoslawiens und Albaniens unter Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei Albaniens (heute Partei der Arbeit) einen heldenhaften und siegreichen Kampf gegen die italienischen Faschisten, die Nazis und gegen alle Kollaborateure.

Ausgehend von diesem gemeinsamen Kampf wäre es leicht gewesen, die aus der Vergangenheit geerbten nationalen Probleme zu lösen, das heißt, jedes Volk in einem eigenen Staat zu vereinen. Während des nationalen Befreiungskriegs gab es ein Treffen zwischen Enver Hoxha und Tito, bei dem letzterer versprach, das Problem der albanischen Bevölkerung von Kosova so zu regeln, wie sie selbst es wünschte, nämlich durch Anschluß an die Volksrepublik Albanien. Aber es kam zur Befreiung und Tito brach sein Versprechen. Er verweigerte den Albanern von Kosova das Recht, ihr Vaterland zu wählen. Als dann Jugoslawien eine föderative Republik wurde, wurden ihnen die Rechte, die allen anderen Völkern Jugoslawiens zuerkannt wurden, verweigert und Kosova wurde in die serbische Republik integriert.



Die ärmste Region Jugoslawiens — das ist Kosova aufgrund der Belgrader Politik geworden.

Tito verriet den Marxismus-Leninismus völlig und führte seinerseits die nationalistische und chauvinistische Politik der jugoslawischen Monarchie weiter fort, das heißt, er betrieb dieselbe Politik der Spaltung und der Subversion wie die Bourgeoisie und der Imperialismus. Er erhob die Verwirklichung eines „Groß Jugoslawien" zum Programm und vervielfachte die Komplotte und Angriffe auf das sozialistische Albanien, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Partei der Arbeit Albaniens entlarvte die kriegstreiberische Politik der Titoisten. Mit der Unterstützung der Stalinschen UdSSR deckte sie alle Komplotte auf und widerstand allen Angriffen. Aber das sozialistische Albanien tat noch mehr als nur zu widerstehen. Dort wurde der Marxismus-Leninismus in allen Lebensbereichen konsequent angewandt und so wurde aus dem Land ein Beispiel für die Völker Jugoslawiens, für die albanische Bevölkerung von Kosova und für alle Völker der Welt.

Zu einem Zeitpunkt, da Jugoslawien von nationalen, wirtschaftlichen und politischen Widersprüchen aller Art erschüttert wurde, erhielt es die „Hilfe" der Chruschtschow-Revisionisten, die die Macht der Arbeiterklasse in der UdSSR usurpiert hatten. Jugoslawien war bereits ein Sprungbrett für die Imperialisten gewesen, um das sozialistische Lager zu zersetzen. Es wurde nun auch noch zu einer Schachfigur der sowjetischen Sozialimperialisten, ein Instrument ihrer Politik der Komplotte gegen Albanien, eine Basis für ihre expansionistische und hegemonistische Politik im Balkanraum in Richtung auf das Mittelmeer. Um ihre Ziele zu erreichen, versuchten sie Streitigkeiten zwischen den Staaten und Völkern in diesem Raum zu schüren, wobei sie sich auf den serbischen Chauvinismus und auf die verkommensten Elemente der jugoslawischen Führung stützten.

Nach Titos Tod begannen sich die verschiedenen miteinander rivalisierenden Clans offen zu befehden. Das ist ein günstiger Boden für Manipulationen durch die Imperialisten und Sozialimperialisten. Wegen der prinzipienlosen Politik der jugoslawischen Führer ist eine gefährliche Lage auf dem Balkan entstanden. Die Völker des Balkans und Europas haben nicht vergessen, daß gerade in diesem Raum der Funke gezündet wurde, der zum ersten imperialistischen Weltkrieg führte, in dem Millionen — vor allem junge — Menschen abgeschlachtet wurden.

Die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk haben, weil sie getreu den Lehren des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus handeln, die Sympathie der Völker dieses Raumes, ihrer Waffenbrüder im Kampf gegen den Nazi-Faschismus gewonnen. Albanien hat gezeigt, daß es das tut und denkt, was es sagt. Es hegt keine expansionistischen Absichten. Es verteidigt das Recht der Völker, in Freiheit zu leben und Herren des eigenen Schicksals zu sein.

Deshalb unterstützt es auch die Forderung der albanischen Bevölkerung von Kosova, den Status einer Republik im Rahmen der Föderativen Republik Jugoslawien zu erhalten. Ein Recht, das die anderen Völker der Föderation auch genießen.

Deshalb ist die SVR Albanien zur Zielscheibe verleumderischer Angriffe seitens der jugoslawischen Reaktion geworden, in deren Schatten die Supermächte intrigieren.

Unsere Parteien verurteilen diese Verleumdungskampagne und unterstützen die gerechten Forderungen der albanischen Bevölkerung von Kosova. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, die bestehenden nationalen Probleme ausgehend von den Wünschen und Rechten jeder Nation zu lösen, ausgehend von der Stärkung des Lagers der Völker gegenüber den expansionistischen Zielen und Kriegsplänen der beiden Supermächte USA und UdSSR.

Unsere Parteien rufen die Werktätigen und alle Menschen und Kräfte, die für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sind auf, diese Erklärung zu unterstützen.

Nach amerikanischer Manöverankündigung

Zuspitzung um Libyen

KAIRO/KHARTUM. — Der neue ägyptische Präsident Mubarak und der Präsident des benachbarten Sudan, Numeiri, haben in den letzten Tagen zunehmend scharfe Angriffe gegen Libyen, das angeblich eine Invasion ihrer Länder plane, gestartet. Demonstrativ kündigten die USA an, in Ägypten die bisher größten Militärmanöver der Geschichte durchführen zu wollen. Die Sowjetunion erklärte dazu, sie fühle sich in ihren Sicherheitsinteressen bedroht.

Es ist seit längerem bekannt, daß Libyen und Ghaddafis Führung dem USA-Imperialismus ein Dorn im Auge ist. Vor allem seit dem Abschluß des Dreierpakts Libyens mit Äthiopien und der Volksrepublik Jemen haben die USA deshalb eine dauernde Kampagne gestartet, in der Ghaddafi als Kriegstreiber, Abenteurer und Wahnsinniger dargestellt werden soll.

Der Grund dafür liegt auf der Hand. Ägypten, Sudan, Somalia — alle diese Staaten haben sich im Laufe der siebziger Jahre von der UdSSR ab und den USA zugewandt. Marokko, Tunesien und Israel sind seit langem Basen des westlichen Imperialismus und Algeriens Kurs seit dem Regierungsantritt Chadlis ist zunehmend prowestlicher. So bleiben am Mittelmeer und Suezkanal eben vor allem die genannten drei Staaten, wobei Libyen mitten in einem Kreis von amerikanischen und französischen Militärbasen liegt.

Schon seit langem wird der libyschen Regierung die Verantwortung für alles, was in Nordafrika passiert, zugerechnet. Der Aufstand von Gafsa in Südtunesien im letzten Jahr ebenso wie die Streikwelle in Marokko im Frühjahr des Jahres.

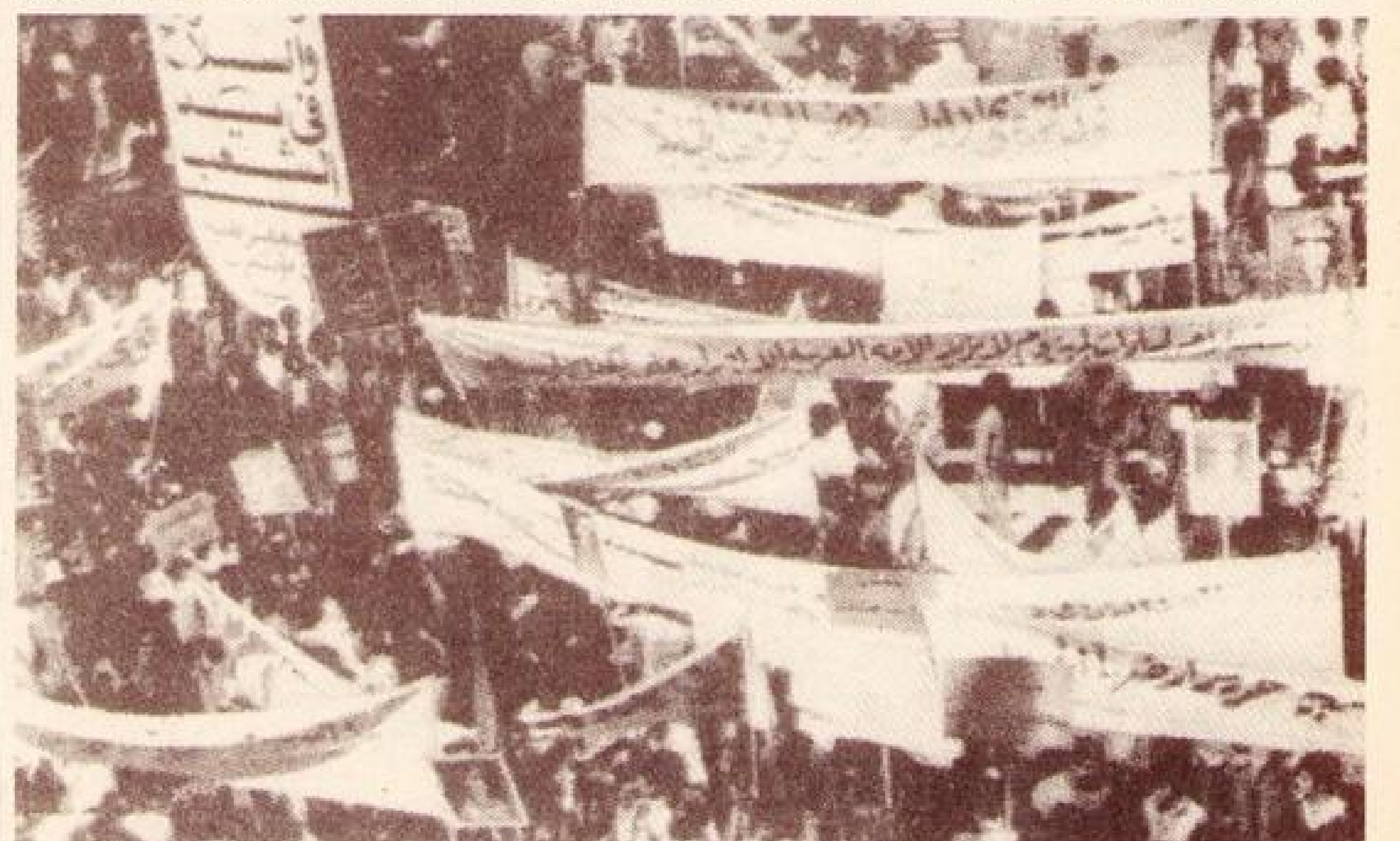
Die kürzlich abgehaltenen provokatorischen Seemanöver im libyschen Gebiet der Großen Syrte durch die US-Marine und der Abschuß zweier libyscher Flugzeuge hatten schon gezeigt, daß der Grad der Aggressivität gegenüber Libyen von Seiten Washingtons aus gesteigert wird.

Jetzt, nachdem der Tod Sadats die amerikanischen Pentagon Strategen verunsichert hat, wollen sie noch mehr die Zügel anziehen. Gesteigerte Aufrüstung der Regimes der Numeiri und Mubarak, mehr Waffenlieferungen an Hassans Marokko und Bourgibas Tunesien und die Errichtung amerikanischer Basen entlang des Kanals von Suez, eines ganzen Gürtels von US-Basen entlang der Nord-, Nordwest- und Westküste Afrikas, alles dies ist dafür Beweis.

In dieser Situation wollen natürlich auch die Moskauer Sozialimperialisten ihre Positionen stärken — dort, wo ihnen noch Einfluß geblieben ist, in der VR Jemen und in Äthiopien, in Syrien, und nun hoffen sie auch auf Basen in Libyen. Deshalb diese unverschämte Erklärung in imperialistischer Logik, die Manöver der US-Imperialisten in Nordafrika würden die Interessen der fernen Sowjetunion gefährden. Die Sozialimperialisten kalkulieren dabei offensichtlich, wie schon des öfteren in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart, daß der amerikanische Druck Libyen dazu bringen wird, Schutz unter dem sowjetischen Schild zu suchen.

Die Eröffnung sowjetischer Basen in Libyen wäre eine weitere Eskalation der amerikanisch-sowjetischen Gegensätze in diesem Raum, die die hauptsächliche Ursache aller bestehenden Gefahren ist. Mit ihrer aggressiven Politik steuern die beiden imperialistischen Supermächte in dieser Region erneut den Kurs auf bewaffnete Auseinandersetzungen, gegen die Unabhängigkeit der dortigen Staaten.

Hände weg von Libyen!



Massendemonstration in Tripolis gegen das Camp-David-Abkommen.

Der unvergessene Krieg

Kriegsgefangenschaft



„Zur Frage der Kriegsgefangenschaft auf beiden Seiten" äußerte sich im Anschluß an die Folge „Überleben in Stalingrad" der Historiker Dirk Gerhard.

Aus seiner Stellungnahme geht hervor, daß die unmenschliche Behandlung sowjetischer Gefangener Bestandteil des faschistischen Ausrottungsfeldzuges war und daß die deutschen Gefangenen ganz anders und unter Beachtung der international verbindlichen Konventionen behandelt wurden

Vielen Zuschauern dürfte unbekannt geblieben sein, daß sich der Befehlshaber der deutschen 6. Armee bei Stalingrad, Generalfeldmarschall Paulus, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu einem Gegner Hitlers und Anhänger des Nationalkomitees Freies Deutschland entwickelte.

In verschiedenen Stellungnahmen legte er Zeugnis ab von der guten Behandlung der Gefangenen. Die völkerrechtlichen Bestimmungen wurden voll eingehalten, die deutschen Gefangenen lebten nicht schlechter als die russische Bevölkerung selbst in dieser harten Zeit.

Die Wandlung eines Generals

Im Sommer 1944 schrieb Paulus: „...ich (erhielt) die Möglichkeit, eine umfassende Vorstellung von den auf Hitlers Befehl erfolgten Greueltaten und den Maßnahmen zur systematischen Ausrottung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu gewinnen. Mir wurde klar: Hitler konnte nicht nur diesen Krieg nicht gewinnen, sondern er sollte ihn auch nicht gewinnen. Das wäre im Interesse der Menschheit und des deutschen Volkes selbst.

Am stärksten bedrückte mich der Gedanke, wie sinnlos aus dieser Sicht jene Opfer waren, die die 6. Armee bei Stalingrad, als die Wende des Krieges eintrat, gebracht hatte. Sie hatten nur dazu beigetragen, daß der Krieg verlängert und die gesamten Verluste des deutschen Volkes vergrößert wurden."

Paulus sagte im Nürnberger Prozeß am 11. Februar 1946 aus und stellte die verbrecherischen Machenschaften der politischen und militärischen Führung des faschistischen Deutschland bloß. Sehr zum Entsetzen der Nazi-Oberhäupter, die sich hier dem Mann gegenübersahen, den sie offiziell für tot erklärt hatten, weil ihnen seine Kapitulation nicht in den Kram gepaßt hatte.

Faschistische „Waffenehre"

Die Barbarei der Nazis gegenüber den sowjetischen Gefangenen stellt auch die militärische Führung der Faschisten bloß.

Noch heute gibt es ehemalige Nazi-Offiziere, die mit Schlagworten wie **„die deutsche Waffenehre blieb rein"** hausieren gehen und eine Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen leugnen. Wenn überhaupt, so der Tenor dieser Behauptungen, so hat sich die SS solcher Verbrechen schuldig gemacht. Und eine Zusammenarbeit habe es nie gegeben.

Solche Ausführungen kann man noch jederzeit in beliebigen Prozessen gegen Alt-Nazis hören. Oftmals gefördert durch die Gerichte.

Es ist wirklich nichts Wahres daran. Wer heute diese Tatsache und den verbrecherischen Charakter des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) leugnet, der stellt sich auf eine Stufe mit der „Deutschen Nationalzeitung" und macht sich zum Werkzeug der Neonazis.

Die folgenden kurzen Auszüge aus einer Fülle von Dokumenten mögen das belegen.



General Paulus (vorne) und die Reste der 6. Amree geben sich gefangen.

„Der Russe muß sterben, damit wir leben." Mit dieser Losung verkündet „die stramme 6. Kompanie" die unmenschliche Logik der faschistischen Wehrmacht.

Dokumente des Terrors

16. September 1941. Hitler-General Keitel befiehlt den deutschen Truppen, „zu berücksichtigen, daß das menschliche Leben in den erwähnten Ländern absolut nichts gilt und daß man nur durch Anwendung ungekannter Grausamkeiten eine abschreckende Wirkung erzielen kann".

Im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß sagt der Berater der Rechtsgruppe (!) des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Wilhelm Wengler, am 19. Dezember 1945, folgendes aus:

„Mir ist bekannt, daß die Sowjetregierung sich zu Beginn des Feldzugs an die deutsche Regierung mit dem Vorschlag gewandt hat, in bezug auf die Kriegsgefangenen gegenseitig die Genfer und Haager, besonders aber die Genfer Konventionen anzuwenden. Ich weiß, daß Keitel als Chef des OKW sich weigerte, diesen Vorschlag zu behandeln."

29.10.1941. In einem zur „Geheimen Reichssache" deklarierten „Befehl N 14" erklärt der Chef der Sicherheitspolizei des SD:

„...der bolschewistische Soldat (hat) jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren."

Gemäß der zu Beginn des Überfalls auf Rußland erlassenen Direktive Hitlers — „Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf." — wurde gegen kommunistische Funktionäre besonders brutal vorgegangen. Die Nazis hatten Angst vor ihrem Einfluß.

Mai 1941. In Vorbereitung des „Falles Barbarossa" ergeht als „Geheime Kommandosache" ein OKW-Befehl, in dem es u.a. heißt:

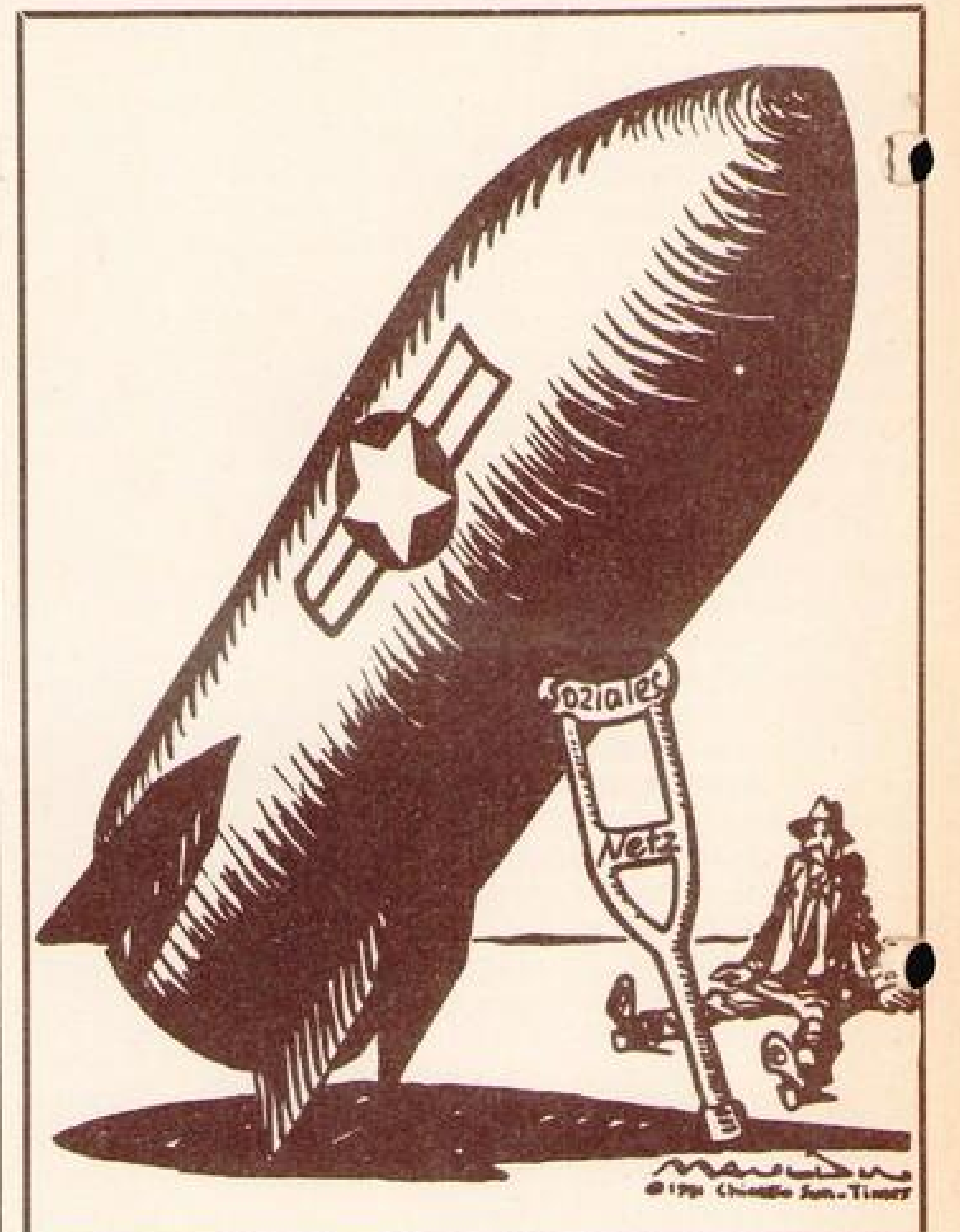
„Politische Kommissare... sind aus den Kriegsgefangenen *sofort*, d.h. noch auf dem Gefechtsfelde, auszusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflußmöglichkeit auf die gefangenen Soldaten zu nehmen... Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen."

Die Vernichtungspolitik gegenüber den Kriegsgefangenen hatte manchmal die zeitweise unerwünschte Nebenwirkung, daß Arbeitskräfte für die wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Gebiete verlorengingen. Später, nach dem endgültigen Scheitern der Kriegspläne, verzichtete man überwiegend auf die Arbeitskraft der Gefangenen und ging zu systematischen Vernichtungsaktionen über. Die verbrecherische Zusammenarbeit von Wehrmacht und SS ist durch zahlreiche Fälle belegt. Besonders abscheulich: Die Übergabe zehntausender Sowjetsoldaten an das KZ Buchenwald, wo sie an einer Genickschußanlage ermordet wurden. Das zu Massenvergasungen in KZs verwendete Giftgas Zyklon B wurde in Ausschwitz an 900 sowjetischen Gefangenen erprobt.

25. Oktober 1942. Der Mitarbeiter des für die politische und wirtschaftliche „Neuordnung der Ostgebiete" verantwortlichen Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, Bräutigam, macht folgende Aufzeichnungen („Geheime Reichssache!"):

„Im Osten wird von Deutschland ein dreifacher Krieg geführt: Ein Krieg zur Vernichtung des Bolschewismus, ein Krieg zur Zertrümmerung des Großrussischen Reiches und endlich ein Krieg zum Erwerb von Kolonialland zu Siedlungszwecken und zur wirtschaftlichen Ausbeutung (...). Mit dem den Ostvölkern eigenen Instinkt hat auch der primitive Mann bald herausgefühlt, daß für Deutschland die Parole „Befreiung vom Bolschewismus" nur ein Vorwand war, um die slawischen Ostvölker nach seinen Methoden zu versklaven. (...)

In erster Linie wäre hier die Behandlung der Kriegsgefangenen zu nennen. Es ist bei Freund und Feind kein Geheimnis mehr, daß ihn Hunderttausende von ihnen in unseren Lagern buchstäblich verhungert und erforen sind. Angeblich waren für sie nicht genügend Lebensmittel vorhanden. Sonderbar ist allerdings, daß lediglich für die Kriegsgefangenen der Sowjetunion die Lebensmittel fehlten, während Klagen über die Behandlung anderer Kriegsgefangener, Polen, Serben, Franzosen und Engländer nicht laut geworden sind. Es ist selbstverständlich, daß nichts so geeignet war, die Widerstandskraft der Roten Armee zu stärken wie das Bewußtsein, in deutscher Kriegsgefangenschaft einem langen qualvollen Tod entgegenzugehen (...)."



Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Modelle der kapitalistischen Krisenpolitik (Teil III)

Das „Experiment“ der Margaret Thatcher

Als Margaret Thatcher im Mai '79 die Wahlen in Britannien gewann und Premierminister wurde, kommentierte die Baseler Bank für internationalen Zahlungsausgleich dieses Ergebnis so: „Ökonomen und Wirtschaftspolitiker haben jetzt einmal die Gelegenheit erhalten, ein Experiment zu beobachten, wie es sonst nur in den Naturwissenschaften ausgeführt wird.“ Die Bank spielte damit auf die Tatsache an, daß der berüchtigte amerikanische Ökonom Milton Friedman (siehe RM 40 und 42/81) von der britischen Regierung als Wirtschaftsberater angeheuert worden war. Und nun konnte also die interessierte „Fachwelt“ in Ruhe beobachten, wie die Friedmanschen Dogmen zum ersten Mal auf ein entwickeltes kapitalistisches Land angewandt wurden.

Natürlich ging es der neuen britischen Regierung nicht darum, der ganzen Welt zu deren Erbauung oder Belehrung nun ein wirtschaftspolitisches Experiment vorzuführen. Die Lage war vielmehr so, daß das britische Monopolkapital tief in der Klemme steckte, auf dem inneren und dem Weltmarkt seine Felle davonschwimmen sah und jetzt einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik für notwendig erachtete. Die Rezepte von Friedman schienen dafür erfolgversprechend zu sein, und Thatcher, die „Eiserne Lady“, war genau die richtige Figur, um diese Rezepte in die Tat umzusetzen.

Bezeichnenderweise hatte sich im Lager der britischen Konservativen ebenso ein Umschichtungsprozeß vollzogen wie später bei den amerikanischen Republikanern (Kandidatur von Reagan) und bei den westdeutschen Unionsparteien (Kandidatur von Strauß). Thatcher als Führerin des rechten Flügels der britischen Konservativen hatte schon 1975 Edward Heath von der Parteispitze verdrängt. Während Heath auch im Verlauf seiner Amtszeit als Premierminister die Grundlagen der Labour-Politik weitgehend akzeptiert hatte, versprach Thatcher einen neuen Kurs unter Parolen wie „weniger Staat“ oder „Kontrolle der Gewerkschaften“.

Sozialabbau wie noch nie

Und schon bald nach ihrem Machtantritt sollte sich zeigen, daß hinter diesen Parolen das Bestreben stand, mit äußerster Brutalität eine wirtschaftliche und politische Stärkung der Positionen des Monopolkapitals durchzusetzen. „Weniger Staat“ — das hieß zunächst einmal drastische Kürzung der Staatsausgaben. Im Haushalt 79/80 wurden 2,6 Milliarden Pfund Sterling eingespart, im Haushalt 80/81 weitere drei Milliarden Pfund gekürzt. (Ein Pfund entspricht gegenwärtig 4,26 DM). Natürlich nicht da, wo das große Geld war und auch nicht bei den Rüstungsausgaben, die wurden vielmehr schon im ersten Haushaltsjahr um real (also nach Abzug der Inflationsrate) vier Prozent aufgestockt.

Die Kürzungen betrafen vielmehr die von der Labour-Regierung aufgelegten Beschäftigungsprogramme, Sozialleistungen aller Art, die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sowie die Regionalprogramme. „Weniger Staat“ — das bedeutete auch die rigorose Durchrationalisierung des öffentlichen Dienstes, wo bis zum nächsten Jahr insgesamt 150 000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Wodurch jedoch nicht etwa — wie es in Thatchers Wahlpropaganda noch geheißen hatte — die Bürokratie abgebaut wird; von den Massenentlassungen werden vielmehr gerade diejenigen betroffen sein, auf deren Dienstleistungen die Werktätigen angewiesen sind (Lehrer, kommunale Angestellte, Krankenhauspersonal usw.), sodaß diese Maßnahmen nicht nur zu einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen, sondern indirekt auch die Bevölkerung insgesamt treffen.

Im Steuersystem nahm Thatcher eine Umschichtung von den direkten zu den indirekten Steuern vor. So wurde etwa die Mehrwertsteuer von acht bzw. 12,5 Prozent auf einheitlich 15 Prozent erhöht. Allein dadurch verteuerte sich die Lebenshaltung für die Werktätigen sprunghaft um 3,5 Prozent. Außerdem wurden die Steuern für Benzin, Branntwein, Zigaretten und Bier heraufgesetzt, was insgesamt eine Milliarde Pfund zusätzlich in die Staatskasse brachte.

Aber natürlich gab es auch Steuersenkungen — für die Reichen nämlich. So wurde die von den Gewerkschaften früher erkämpfte weitgehende Steuerprogression radikal verändert und der Höchstsatz bei Einkommen über 25 000 Pfund im Jahr von 85 auf 60 Prozent gesenkt. Ein großzügiges Geschenk, das immerhin ein Volumen von vier Milliarden Pfund im Jahr hat. Aber das war noch nicht alles. Thatcher setzte weitere Steuergeschenke für die Kapitalisten durch, so zum Beispiel die Anhebung des Steuerfreibetrags für Kapitalerträge von 1 000 auf 3 000 Pfund, die Anhebung der Steuerschwelle bei Kapitaltransfer von 25 000 auf 50 000 Pfund usw.

Das Schlagwort „Weniger Staat“ entpuppte sich also als eine Formel, hinter der sich die Tatsache verbarg, daß sich der kapitalistische Staat auf der einen Seite weitgehend aus seiner Verantwortung für die soziale Sicherung der Werktätigen im weitesten Sinne zurückzog und auf der anderen Seite dem Kapital große Steuererleichterungen gewährte. Und zudem baute er konsequent alle diejenigen staatlichen Eingriffe ab, die einer Profitmaximierung im Wege standen.

Freiheit für die Reichen

So wurde die Dividendenkontrolle abgeschafft, nach der bislang die Dividendenausschüttung die Vorjahreshöhe nicht um mehr als zehn Prozent übersteigen durfte. Ebenso wurden die Devisenkontrollen vollständig beseitigt, die früher einen ungehinderten Kapitalexport behindert hatten. Thatcher strich dabei sogar die Auflage, daß mindestens ein Drittel der im Ausland erzielten Gewinne wieder nach Britannien zurückzuführen seien. Damit werden den Monopolen nun alle Möglichkeiten geschaffen, unrentable Betriebe im Inland dichtzumachen und stattdessen profitable Investitionen im Ausland zu tätigen. Schließlich ist auch die Preiskontrollen abgeschafft, die in einigen Fällen dämpfend auf die Verteuerung der Lebenshaltung eingewirkt hatten.

Dieses Programm also nannte Thatchers Finanzminister Howe die Schaffung „größerer Freiheit für den einzelnen durch Reduzierung der Rolle des Staates“. Immerhin verdanken wir es dem britischen „Experiment“, daß wir nun genau wissen, was bei uns die Strauß, Lambsdorff und Co. meinen, wenn sie wortwörtlich die gleiche Parole wie der Londoner Finanzminister im Munde führen: die Freiheit nämlich für eine Handvoll Monopolherren, sich ungehemmt aus der Staatskasse zu bedienen, die Freiheit, Millionen Menschen einfach auf die Straße zu setzen usw.

Und wo bleibt die Freiheit der anderen? Nach den Angaben des Statistischen Zentralamts lebten in Britannien schon Ende 1979 — als Thatcher gerade ein halbes Jahr an der Macht war — sechs Millionen Familien in absoluter Armut.

Und der von Thatcher im Interesse der Monopole betriebene wirtschaftspolitische Kahlschlag geht weiter. Neben den hier beschriebenen rigorosen Umschichtungen des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole hält die neue britische Regierung noch weitere Instrumente aus dem Arsenal des Milton Friedman bereit, um die Macht der Monopole zu stärken und ihnen Traumprofite zu sichern. So wird ein Kurs der sogenannten Gesundschrumpfung der britischen Wirtschaft betrieben, der eine gigantische Pleitewelle unter schwachen Betrieben (zumeist Klein- und Mittelbetriebe) und damit verbunden eine gewaltige Arbeitsplatzvernichtung bewußt in Kauf nimmt. Diesen Betrieben werden Subventionen entzogen, die dann den Monopolen zugeschustert werden. Und auch die Politik der extrem hohen Zinsen führt unter anderem dazu, daß den „Schwachen“ die Kreditaufnahme erschwert oder gar unmöglich gemacht wird, während die Monopole zur Finanzierung ihrer Investitionen ja zumeist nicht auf fremde Mittel angewiesen sind.

Drei Millionen Arbeitslose

Und das sind in Zahlen ausgedrückt die Ergebnisse der ersten beiden Jahre Thatcher-Politik: Das Bruttosozialprodukt ist real um ca. sieben Prozent geschrumpft; die Industrieproduktion ist um 17 Prozent gesunken (stärker als in der Wirtschaftskrise von 1929 bis 32); die Arbeitslosenzahl ist sprunghaft von 1,3 Millionen auf offiziell drei Millionen angestiegen, nach Schätzungen der Gewerkschaften liegt sie tatsächlich bei vier Millionen; die Inflationsrate ist mit zehn Prozent weiter extrem hoch, wobei die letzten Lohnerhöhungen zum Teil erheblich unter dieser Rate lagen; schließlich ist auch die Staatsverschuldung nicht abgebaut worden, wie es die Thatcher-Propaganda vor der Wahl versprochen hatte, das letzte Haushaltsjahr in diesem März wurde mit einem Defizit von 13,5 Milliarden Pfund abgeschlossen (im letzten Labour-Haushalt betrug das Defizit „nur“ acht Milliarden Pfund).

Die von Thatcher betriebene Wirtschaftspolitik ist also ebensowenig in der Lage, die Krise in den Griff zu bekommen wie die früher angewandten keynesianischen Methoden der Wirtschaftsregulierung (siehe RM 42/81). Im Gegenteil. Heute ist für jedermann ersichtlich, daß die von Thatchen angewandten Rezepte aus dem Arsenal des Milton Friedman die ökonomische Krise in Britannien drastisch vertieft haben. Und wenn jetzt Thatcher und ihre Gefolgsleute immer noch behaupten, es werde schon bald ein neuer Aufschwung kommen, so ist das reine Augenwischerei.



Die Ablehnung der Regierung durch die Arbeiterklasse ist heute so groß, daß selbst innerhalb der Partei Stimmen laut werden, die die Ablösung Thatchers fordern.

Denn die Krise drückt sich ja vor allem darin aus, daß der Menge der produzierten Waren keine entsprechende Nachfrage bei den Hauptverbrauchern, den Werktätigen nämlich, entgegensteht. Das bedeutet nicht, daß „zu viele“ Waren auf dem Markt wären, sondern daß die Kaufkraft der Massen zu gering ist, um sie zu erwerben. Alle die Folgen von Thatchers Wirtschaftspolitik aber, wie Massenarbeitslosigkeit, Lohnabbau, Streichungen der Sozialleistungen usw., schränken die Kaufkraft der Werktätigen immer weiter ein, was eben die Krise, die ja eine Überproduktionskrise ist, rapide weiter verschärft.

Strategische Orientierung für die achtziger Jahre

Trotz des offenkundigen Scheiterns der „neoliberalen“ Wirtschaftspolitik à la Friedman, wie sie von Thatcher und — in abgewandelter Form — jetzt auch von Reagan angewandt wird, steigt in den übrigen kapitalistischen Ländern die Zahl derjenigen, die sich für eine solche Politik stark machen. Wir haben im ersten Teil unserer Artikelfolge — was die Bundesrepublik betrifft — entsprechende Stimmen aus den Unternehmerverbänden zitiert und auch darauf hingewiesen, daß die Unionsparteien und ebenso die FDP-Führung auf einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik drängen.

Die Auseinandersetzungen, die über den künftigen Kurs geführt werden (in der BRD beispielsweise während der Haushaltsdebatte) haben deutlich gemacht, daß es sich hier nicht um relativ nebensächliche taktische Scharmützel handelt, sondern um einen Streit um die grundsätzliche strategische Orientierung für die achtziger Jahre und darüber hinaus. Man darf sich von dem demagogischen Beiwerk dieser Auseinandersetzung nicht blenden lassen. Es geht hier keineswegs darum, den besten Weg zu finden, wie „wir alle“ aus der Krise herauskommen können. Sondern es geht ausschließlich darum, die staatlichen Instrumente bereitzustellen, die es den Monopolen erlauben, unter den Bedingungen der Krise ihre Profite zu sichern und ihre Machtpositionen zu festigen und auszubauen — auf Kosten der werktätigen Massen.

Diese neue Orientierung umfaßt aber nicht nur die radikale Verbesserung der „Rahmenbedingungen“ für das Monopolkapital, wie wir sie an den Beispielen USA und Britannien beschrieben haben. Sie beinhaltet auch einen frontalen Angriff auf die demokratischen, insbesondere gewerkschaftlichen Rechte der Werktätigen. Unter dem Regime Thatcher in Britannien nimmt dieser Angriff seit zwei Jahren schon deutliche Formen an. Die Methoden der kapitalistischen Machtausübung gegenüber den Gewerkschaften haben sich dort radikal gewandelt. Statt Sozialpakt und Einbindung der TUC-Führung in das System der staatlichen Wirtschaftsregulierung ist nun die unverhüllte Konfrontation angesagt.

Thatcher selbst hat mehrmals ihre Absicht bekundet, die „Macht der Gewerkschaften“ einzuschränken und statt dessen das „verantwortliche Management“ zu stärken. In der Praxis äußerte sich das in einem weitgehenden Abbau vor allem des Streikrechts (siehe RM 39/81), wobei nach einem neuen Entwurf der Londoner Regierung die Möglichkeit geschaffen werden soll, in „lebenswichtigen Betrieben“ das Streikrecht gänzlich abzuschaffen. Einen ähnlichen Kurs hat in den USA Reagan mit der brutalen Zerschlagung des Fluglotsenstreiks durch die Polizei- und Justizorgane beschritten.

Kurs auf Faschismus und Krieg

In Amerika ist inzwischen von den Kritikern der neuen Regierung die Reagansche Parole „Weniger Staat“ treffend umgewandelt worden in „Less welfare state — more warfare state“ (weniger Wohlfahrtsstaat — mehr Kriegsstaat). Gemeint ist damit die von Reagan betriebene rapide Aufrüstung des inneren Gewaltapparats. Eine Entwicklung, die auch in Britannien — und dort besonders augenfällig — zu beobachten ist. Offiziell gilt ja noch immer der unbewaffnete Bobby mit dem Pappmachéhelm als Symbol einer bürgerfreundlichen Staatsgewalt. Tatsächlich aber werden — wie der „Spiegel“ unlängst berichtete — längst Polizeitruppen und auch Teile der Streitkräfte auf ein Eingreifen gegen rebellierende Werktätige mit Panzerwagen und Feuerwaffen vorbereitet.

Nordirland in den britischen Industrierevieren, Bürgerkrieg gegen das eigene Volk — das sind also letztlich die Mittel, mit denen die hinter Thatcher stehenden Kräfte des Finanzkapitals ihren Kurs gegen die Widerstände der Werktätigen durchsetzen wollen. Hier werden Methoden einer offenen terroristischen Unterdrückung des Volkes vorbereitet.

Ein weiteres Element, das der Politik von Thatcher und Reagan gemeinsam ist, besteht in ihrem forcierten Hochrüstungskurs und der damit verbundenen Militarisierung der Wirtschaft. Reagan will die Rüstungsausgaben in nur fünf Jahren auf 343 Milliarden Dollar verdoppeln. Thatcher hat im Haushaltsjahr 80/81 den Militäretat — der 76/77 noch bei 5,6 Milliarden Pfund lag — auf runde zehn Milliarden hochgetrieben.

Darin drückt sich zum einen die Tendenz aus, daß die Monopole zunehmend darin einen Ausweg aus der Krise suchen, daß sie — je weiter sich der Markt aufgrund der nachlassenden Kaufkraft der Massen einengt — ihre Höchstprofite durch die gewaltigen Rüstungsausgaben sichern wollen, die sie sich vom kapitalistischen Staat zuschanzen lassen. Wobei aber gerade die zunehmende Militarisierung der Wirtschaft zu einer weiteren Vertiefung der Krise führt.

Zum anderen kommt darin auch der immer aggressiver werdende Kurs in der Außenpolitik zum Ausdruck. Es ist ja bezeichnend, daß es gerade die Kräfte der äußersten Reaktion um Reagan oder Thatcher (bzw. in der Bundesrepublik um Strauß) sind, die immer wieder ihre Absicht bekunden, mit der sogenannten Entspannungspolitik früherer Jahre Schluß zu machen, und stattdessen das gesamte westliche Lager auf einen Kurs der offenen Konfrontation gegen die sowjetische Supermacht und deren Herrschaftsbereich führen wollen. Natürlich sind dabei nicht irgendwelche ideologischen Beweggründe die treibende Kraft, wie es diese Leute selbst gerne behaupten. Tatsächlich geht es darum, daß Teile des Finanzkapitals zunehmend im Krieg den letztlich einzig erfolgreichen Weg aus der Krise sehen.

So zeigt sich also, daß die reaktionäre Wirtschaftspolitik, wie sie von den Reagan und Thatcher durchgeführt oder von Strauß gefordert wird, Bestandteil einer umfassenden Offensive der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals ist. Einer Offensive, an deren Ende — wenn sie nicht gestoppt wird — Massenelend, Faschismus und Krieg stehen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 43, 23 Ekim 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Yoğun silah ticareti: Batı Alman silah sanayiisi çeşitli ülkelere yoğun bir şekilde silah satmaktadır. Buna örnek olarak Batı Alman-İtalyan-İngiliz firmalarının ortaklaşa üretimini yaptıkları sahra obüsü 155-1 ve NATO obüsü FH 70 gösterilebilinir. Federal Alman Hükümeti bu obüslerin seri yapımlarına başlanıldıktan sonra Suudi Arabistan'a satılacağını açıkladı. Ayrıca resmi satımların dışında Rheinmetall silah firması da Güney Afrika ırkçılarına bu obüslerden satmaktadır.

Kania parti başkanlığından istifa etti

Polonya Hükümeti sert önlemlerin alınmasını istiyor

Revizyonist Parti işçilere karşı harekete geçti

WARŞOVA. — Polonya Birleşik İşçi Partisi Merkez Komitesi'nin talebi üzerine Kania ve tüm polit büro üyeleri istifa ettiler. Kania'nın yerine parti başkanlığına general, başbakan ve savunma bakanı olan Jaruzelski'nin seçilmesi, Polonya'da gelişmelerin tamamen değişeceğinin bir göstergesidir.

Polonya'da gelişen bu durum üzerine Batı basınında, özellikle de Batı Almanya'nın burjuva basınında çeşitli yorumlar yapıldı. Kimisi yeni parti başkanının Kania yanlısı birisi olduğunu, kimiside başka görüşleri ileri sürdüler. Ancak şu an Polonya'daki bu gelişmeye esas damgasını vuran sorun şudur: Bu yeni adımın atılmasında belirleyici etkeni, Polonya'da varolan imtiyazlı sınıfın çıkarlarının korunması ve bulundukları mevzileri ellerinden kaybetmemeleri oluşturmaktadır. Bundan dolayı da Polonya'daki bu durumda, sert önlemlerin alınmasını talep edenler, "Dayanışma" sendikasının kongresinden sonra bu sonuçlardan dolayı Parti'nin elemanlarını harekete geçirebildiler. Çünkü işçi sınıfının birden işletme müdürlerini seçmeye hak kazanması demek, şu an Polonya'daki yeni kapitalist sınıfın küçümsenmez bir bölümünü oluşturan bu imtiyazlı bürokrat tabakanın mevzilerini elinden kaçırması anlamını taşımaktaydı. Aynı zamanda bu adımın gerçekleşmesi ile Polonya'daki hakim sınıfların diğer bir bir tabakasının başını çeken yönetici bürokratlarında mevzileri tehlikenin eşiğine sürüklenmiş olacaktı. Çünkü işçilerin fabrika müdürlerini seçmeleri ile devlet ve idare üzerinde belirli bir etkinliği oluşacaktır.

İşte Polonya'daki imtiyazlı sınıf, çıkarları tehlikeye düşmekle baş başa kaldığını görünce yoğun seferberliğe girişerek, şimdiye kadar işçilere tanınan hakların üzerine bir çizgi çekmeyi amaçlamaktadır.

Ve aynı şekilde merkez Komitesi'nin oturumunda da grevin yasaklanmasını ve 1980 yılının Ağustos ayı sonuna doğru Gdanskta "Dayanışma" sendikası ile yapılan anlaşmanın tamamen geçersiz kılınmasını talep eden bir manifesto kararlaştırıldı.

İşte tüm atılması istenilen bu adımlar, hükümetin savaş ilanını ve sert rotasını şimdiden bile açıkca ortaya koymaktadır. Polonya'daki gericiliğe, hakim olan yeni kapitalist sınıfa ve onların müttefiki gerici kilise mesuplarına ve eski ülke zenginlerine karşı yaşam koşullarının düzeltilmesi ve daha fazla demokratik hakları elde etmek için mücadele veren Polonya işçi sınıfından, şimdi kazandıkları hakları geri vermesi ve mevzileri terk etmesi isteniliyor. İşçilere karşı sert tedbirlerin alınmasını haklı gösterebilmek için Doğu Avrupa'daki sosyal faşist ülkelerin ve diğer revizyonist partilerin basını Polonya Birleşik İşçi Partisi Merkez Komitesi'nin polit büroya yöneltiği eleştirileri üzerine sayfalar dolusu ve ayrıntılı yazı yazdılar. Tüm revizyonist basının bu noktada bir tek amacı vardır: Polonya işçi sınıfının kazandığı tüm sendikal hakların ortadan kaldırılması, çünkü Polonya işçi sınıfının bu "hastalığı" kendi ülkelerinin işçilerine de bulaşabilir!

(„Harter Kurs in Polen")

Reagan'ın Avrupa halklarına açık tehdidi:

„Bir atom savaşı Avrupa ile sınırlandırılabilinir"

WAŞİNGTON. — Amerika'daki bütün büyük gazetelerin baş yazarlarının bulunduğu bir basın toplantısında, Amerikan Cumhurbaşkanı Ronald Reagan, kendi ağzıyla ve üzerine basa basa şimdi bir atom savaşının Avrupa ile sınırlandırılabileceğini açıkladı.

Bugün dehşet saçan bu açıklamayı yapan kişi dünya tarihinde en büyük savaş makinasının başını çeken birisidir! Ronald Reagan bugün Almanya'da yerleştirilmiş yüzlerce atom roketlerinin ve atom bombasının baş elebaşısıdır. Ve bu roketlerin tümü onun emri altındadır.

Daha eski Amerikan Cumhurbaşkanı Carter'in hükümet olduğu dönemde bir atom savaşının Avrupa ile sınırlanıdırması planları yapılmaktaydı. Ve bu planlar Reagan'ın hükümet olmasının ardından daha açık bir şekilde hazırlanarak Amerika'nın Avrupa ile sınırlı bir savaş stratejisi temelinde tamamlandı. Ancak o zaman bunu reddeden ABD emperyalizminin elebaşları, bugün bu amaçlarını artık resmi olarak da açıkladılar.

İşte bugün Reagan'ın ABD'nin savaş stratejisinin Avrupa ile sınırlı bir atom savaşını sürdürmeyi öngördüğünü açıklamasından sonra, şimdi daha evveli ABD çetesinin bu hedefini yalanlayanlara soralım: Daha önce ABD'nin kendisinin de bir atom savaşından etkileneceğinden dolayı atom savaşında çıkarı olamaz denilerek, ABD elebaşlarının amansızca silahlanmalarını savunulmaktaydı. Peki Reagan bu açıklamaları yaparken yalan mı söylüyordu? Tabii ki değil. Çünkü ABD amansızca silahlanırken belirli bir hedef için silahlanmaktaydı. İşte şimdi Reagan'ın amacını resmi olarak açıklamasından sonra, onun politikasını şimdiye kadar amansızca savunanlar, ya yanıldıklarını açıklayacaklar, ya da bu sözlerle ABD'nin hizmetinde olduklarını kabul ederek kendilerini teşhir edeceklerdir. Reagan'ın bu açıklamaları Alman burjuva basınında çok dikkatli bir şekilde yorumlandı.

ABD'nin barışı tehdit eden bu adımları daha fazla barış yanlısı insanın bugün barışın savunulması için mücadeleye atılmasının gerekliliğini bir kez daha göstermektedir.

(„Reagan öffentlich für auf Europa begrenzter Atomkrieg")

Türkiye de cuntanın saldırıları devam etmektedir

Faşist Cunta siyasi partileri yasakladı

ANKARA. — Daha 12 Eylül faşist darbesinin ardından her türlü devrimci ve yurtsever örgüt, dernek, gazete ve sendikaları yasaklayan faşist cunta, burjuva siyasi partilerinde faaliyetlerini durdurmuştu. Ancak şimdi görülen şu ki, bunlar, aradan bir yıl geçmesine rağmen cunta için atılan bir yeterli adım değildir. Bunun için bir kaç gün önce faşist cunta tüm siyasi partileri yasaklayarak mülkiyetlerine el koydu.

Faşist generaller çetesi daha 12 Eylül'de iktidarı darbe yoluyle ele geçirdiklerinde "ülkede demokrasiyi sağlam temellere oturmak için geldiklerini" söylemişlerdi. Şimdi onların istedikleri demokrasinin ne gibi bir demokrasi olduğuni bir yıllık sosyal pratikleri çok açık göstermektedir. Önce her türlü devrimci, yurtsever, ilerici örgüt, dernek ve gazete yasaklandı. Türkiye işçi sınıfının ve emekçi halkının kanı canı pahasına elde ettiği her türlü sendikal ve sosyal haklar ordadan kaldırıldı ve emekçi halk üzerinde yoğun bir terör estirildi, hala da estirilmektedir. Ancak görüldüğü gibi faşist generallerin, emekçi halka yaptıkları bu saldırıları yeterli görülmediği gibi, ülke içerisinde en küçük bir burjuva muhalefetin oluşmasına da tahammülleri yoktur. Darbenin ardından burjuva partilerinin tümünün faaliyetleri yasaklanmasına rağmen, bu adımı yeterli görmemiş olmalılarki bir yenisini daha arkasından attılar. Bugün düzenin savunucusu ve işbirlikçi hakim sınıfların temsilcisi olan partilerin siyasi faaliyetlerine izin vermemesinin yanı sıra, onları Hitler vari bir şekilde kapatması işkenceci cellatların nasıl bir demokrasi istediklerini açıkca göstermektedir.

Cuntanın bu saldırıları onun geçmişten daha da azgın bir faşist anayasayı hazırlamanın adımlarını attığının göstergesidir.

Bundan dolayı yurtdışındaki yurtsever, ilerici ve devrimcilere daha büyük görevler düşmektedir. Buda cuntanın bu günkü adımlarınıda ele alarak, teşhirinin hızlandırılması ve genelinde Batı Avrupalı, özel olarak Batı Almanya'da politikacıların cuntayı temize çıkartarak yardımlarının devamını sağlama adımlarının boşa çıkartılması demektir.

Faşist cuntaya yapılan yardımların durdurulması talep edilmelidir!

(„Türkische Junta verbietet Parteien")

DDR'de tutuklu bulunan yoldaşlara özgürlük!

Proletarya Enternasyonalizminin yeni örnekleri verilmektedir

Son günlerde Doğu Almanya'da aylardan beri tutuklu bulunan KPD'li yoldaşlarla dayanışma giderek daha da güçlenmektedir. Sosyal faşist Honecker rejiminin hapishanelerinde bulunan yoldaşlarla yeni enternasyonal dayanışma örnekleri verilmektedir. Ayrıca yoldaşların serbest bırakılması için Bonn'daki barış yürüyüşünde toplanan imza kampanyası listeleri süratli elimize geçmektedir.

ABD Komünist Partisi/Marksist-Leninst'ten bir mesaj gönderen yoldaşlar Doğu Almanya'da tutuklu bulunan KPD'li yoldaşlarla dayanışmalarını dile getirerek şunu belirtmekteler: "Biz iki Alman devletinin işçilerinin bir gün kapitalist ve revizyonist iktidarları yıkarak bağımsız barış ve sosyalizm yolunda birleşik bir Almanya'yı kuracaklarından eminiz. Biz ABD'li komünistler bu mücadelede Alman yoldaşlarımızla omuz omuza yanlarında olacağız. Biz Doğu Almanya rejimi tarafından takibata uğrayan KPD'li yoldaş ve sempatizanları desteklemek için her türlü çabayı harcayacağız."

Diğer yandan İtalya Komünist Partisi (ML) Ulusal Yeniden İnşaa Komitesi de bir dayanışma açıklaması yaparak tutuklu yoldaşların derhal serbest bırakılmasını talep etti, İtalya'daki DDR elçiliğine bir protesto mektubu gönderdi ve çeşitli bölgelerde yoğun bir şekilde bildiri dağıttılar.

(„Freiheit für unsere Genossen in der DDR")



Biritanya Komünist Partisi/Marksist-Leninst'ten yoldaşlar Londra'daki DDR elçiliğinin önünde bir protesto mitingi düzenlediler.

İran'da gerginlikler giderek artmaktadır 2. BÖLÜM

İran devrimi devam ettirilmelidir!

Komünistler ve ilericiler üzerinde estirilen teröre son verilmelidir

Yazımının birinci bölümünde İran devriminin gelişimini, İran Hükümeti'nin ABD emperyalizmine karşı aldığı tedbirleri, Sovyet sosyal emperyalizminin ülkeyi kendi hegemonyası altına alma çabasına karşı mücadelesini ve İran anti-emperyalist devriminin Orta-Doğu'daki önemine değinmiştik. Şimdi bu yazımızda ise İran Emek Partisi'nin, ABD emperyalizmine ve onun yerli uşağı faşist Şah diktatörlüğüne karşı verilen mücadeledeki yerine değinecek, İran Hükümeti'nin ilerici, devrimci ve komünist avına çıkmasının anti-emperyalist mücadele açısından rolünü ele alacak ve partimiz KPD'nin İran'daki son gelişmelere ilişkin tavrını açıklayacağız.

İran'da ABD emperyalizmine ve onun uşağı faşist Şah diktatörlüğüne karşı gelişen mücadelede yurtseverler, ilericiler devrimciler aktiv ve kararlı bir şekilde yer aldılar, mücadelenin ön saflarında savaşarak yüzlerce kayıp verdiler. Bu mücadeleye İran Emek Partisi'de katılarak en ön saflarda mücadele etti bağımsızlık ve özgürlük davasında mücadeleci, yiğit komünist militanlarını kaybetti. İran halkının 1979'da faşist Şah diktatörlüğünü yıkmasından sonra da İran Emek Partisi emperyalizmin her türüne karşı kararlı mücadele sürdürülmesinin gereğini vurguladı. İran'da devrimin başarıya ulaşmasından sonra ABD emperyalizmi yenilgisini kabul etmeyerek ülkede geriye kalan Şah'ın artıkları aracılığı ile tekrar eski kalesini ele geçirmek ve İran halkı üzerinde egemenliğini kurabilmek için çeşitli darbe teşebbüslerini teşvik etti.

Ancak bunlar boşa çıkarılınca, bu kez de İran'ı işgal etme girişimlerinde bulundu. Fakat bu girişimlerine İran halkı hakkettiği cevabı verdi. İşte bu kez de Sovyet sosyal emperyalizminin silahları ile donatılmış ve ABD tarafından teşvik edilen Irak gericiliği İran'a saldırdı. Bu saldırının bir tek amacı vardı. İran devrimini boğmak ve İran'ı emperyalist zincirin sömürü halkasına vurmaktı. Burada gene İran'lı komünistler, ilerici ve devrimcilerin yanı sıra mücadelede en ön cephede yer alarak Irak saldırısını geri püskürtmek ve İran'ın bağımsızlığını korumak için mücadele ettiler.

Yakın zamanda bu duruma ilişkin bir açıklama yapan İran Emek Partisi, emperyalizmin hizmetinde olan bu saldırıya karşı tüm yoldaşlarını ve taraftarlarını İran'ın bağımsızlığını korumak için mücadele etmeye çağırdığını açıkladı.

İran'lı komünistler emperyalizmin İran'ı kuşatma çabasına karşı, cephede savaşarak şehit düştü ve bir çoğuna da bu mücadelede cesaretlerinden dolayı madalya verildi. Bu koşullar altında İran Emek Partisi'nin izlediği politika doğru ve önemliydi.

Ancak şimdi gerçek şu ki, son dönemlerde İran'daki iç durumda önemli gelişmeler oldu. Özellikle Irak saldırı savaşının belirli bir aşamasından sonra ilerici güçlere karşı saldırılar başladı. Bu saldırılar İran İslamcı Cumhuriyet Partisi iktidardaki mevzisini sağlamlaştırdığı oranca daha da arttı ve çelişkiler giderek daha da kızıştı. Humeyni'nin iktidarı ele geçirdiği dönemde varolan gerici eğilimler giderek yoğunlaştı. İşte böylece önceden varolan bu eğilimler ön plana çıktı. Siyasi özgürlük, sendikal hak, uluslar sorununa yaklaşımda daha başlangıçta baskı girişimlerinde bulunuldu. Fakat esas olarak bu güçleri; sendikaları, sol siyasi parti ve örgütleri tamamen yasaklamak ve elemanlarını


1979'da İran halkı ABD emperyalizmine ve onun uşağı faşist Şah diktatörlüğüne karşı sokaklara döküldüler.

kurşuna dizmek, diğer anlamıyla ilerici avına çıkmak için esas saldırı sürdürme çabasına girişilmedi. Sınırlı da olsa verilmeyen hakları elde etme imkanları vardı.

Fakat şimdi durum tamamen değişmiştir. Şimdi ülke çapında ilericiler, devrimciler ve komünistler üzerinde yoğun terör estirilmekte, en küçük bir muhalefet bile kan ve vahşet estirilerek bastırılmaktadır. Burada şunu da belirtmekte yarar var. Halk için demokrasi temeline dayanmayan anti-emperyalist bir mücadele düşünülemez. Çünkü emperyalizme ve onun her türlü saldırı girişimlerine karşı mücadeleyi güçlendirmenin ve anti-emperyalist cephenin devamının sağlanmasının yolu, aynı zamanda emperyalizme karşı mücadelede yer alan güçlere demokrasi hakkını tanımaktır.

Diğer yandan İran'daki gelişme Beni Sadr'ın etrafındaki burjuva güçleri ve mollaların koalisyonunun yıkılması ile giderek daha da kızıştı. Ve İslamcı Cumhuriyet Partisi'nin iktidardaki mevzisini sağlamlaştırmasından sonra ilerici güçlere karşı yoğun bir saldırı kampanyası başlatıldı. İran'daki son üç aylık gelişmeye, ilerici güçlere karşı estirilen vahşi terör esas damgasını vurmaktadır. Ve şimdi ilerici güçler üzerinde estirilen terör daha da yoğunlaştırılarak sürmektedir.

İran'da sürdürülen ilerici avında, özellikle örgütlü siyasi güçler devrimci, anti-emperyalist, demokratik ve gerçek komünist örgütler esas hedef olarak seçilmektedir. Ancak bu demek değildir ki emekçi halk üzerinde saldırılar sürmüyor. Hiç kuşkusuz İran emekçi halkı üzerinde de yoğun bir terör estirilmekte, özellikle de Kürt ulusu üzerinde katliam provaları yapılmaktadır.

Şurası unutulmamalıdır ki, bugün İran'da yoğun saldırıya ve vahşi teröre tabii tutulanların, dün ABD emperyalizmine ve onun sadık uşağı faşist Şah diktatörlüğüne karşı sürdürülen anti-emperyalist ve anti-faşist mücadelenin başarıya ulaşmasında büyük payı vardır.

Bugün İran'da anti-emperyalist cephede yer alan bu güçlere siyasi özgürlük ve faaliyet hakkının tanınıp tanınmaması, anti-emperyalist devriminin devam ettirilmesi açısından belirleyici bir etkendir. Esas ağırlığını ülke içerisindeki ilerici, devrimci ve demokrat örgütler üzerinde terör estirme noktasında yoğunlaştıran ve İran'ın içinde bulunduğu şu anki aşamada esas muhaliflerini tüm sol örgütleri gören bir hükümet, bir rejim bu tutumu ile anti-emperyalist cephenin gelişmesine ve güçlenmesine değil, tam tersine anti-emperyalist cephenin zayıflamasına hizmet eder, İran devriminin kazanımlarını tehlikenin eşiğine sürükler ve emperyalist kuşatma tehlikesini artırır.

Beni Sadr'ın istifasından sonra İran Parlamentosu'na düzenlenen bombalı saldırının ardından İran'da estirilen vahşi terör daha da yoğunlaştırıldı. İran'da daha evveli varolan baskı tedbirleri vahşice saldırılara dönüştürüldü. Ve bu saldırılarda özellikle İran Emek Partisi ve sol islamcı güçler üzerinde yoğun bir terör estirildi. Yüzlerce devrimci, ilerici, demokrat ve komüniste yıldırım kararlar verilerek kurşuna dizildi ve hala dizilmektedir. Bunlar arasında 7 komünist militan vahşice katledildi. Cephede Irak saldırısına karşı yiğitçe mücadele verenler bile kurşuna dizildiler.

İran'da anti-emperyalist cehpenin zayıflatılması, güçlü devrimci, yurtsever, ilerici ve komünist örgütlerin dağıtılması ve militanlarının kurşuna dizilmesi veya hapishanelerde her türlü insanlık dışı baskılara tabii tutulması bugün emperyalizmin yeniden İran'a girmesini kolaylaştıracak, dünya gericiliğinin İran'ı emperyalizmin sömürü zinciri halkasına katması tehlikesini artıracaktır. Bundan dolayı İran Hükümeti'nin bu saldırılarına karşı yoğun protesto eylemleri sürdürülmeli ve buna karşı direniş geliştirilmelidir. İran Hükümeti'nin bu vahşi saldırıları, anti-emperyalist cepheyi böldüğünden, dağılmasına hizmet ettiğinden ve İran'ın emperyalistler tarafından kuşatılması tehlikesini artırdığından dolayı kararlı bir şekilde mahkum edilmelidir.

İran'da ilericilerin takip edilmesine son verilmelidir! İran anti-emperyalist devrimi devam ettirilmelidir!

(„Die Revolution im Iran muss fortgesetzt werden.")

Faşist Cuntanın „demokrasi adımı":

„Kurucu meclis"

Kahrolsun faşist cunta

ANKARA. — Aylardır üzerine yaygara koparılan "Danışma Meclisi" üyeleri nihayet geçen hafta açıklandı. Demokrasiye geriye dönüşün ilk adımı olarak gösterilen "Danışma Meclisi"nin konumuna ve beşli çetenin de onayından geçtikten sonra seçilenlerin kimler olduğuna da baktığımızda, daha evveli "Danışma Meclisi"nin niteliği üzerine yazdıklarımızı bu bir kez daha doğrulamaktadır. Faşist generaller çetesi bir taraftan bu girişimlerini demokrasiye doğru atılan bir adım olarak gösterirken, düzenin muhalifi bile olmayan faşist ve gerici partilerini de tamamen yasaklaması ile onların hangi demokrasiden dem vurduklarını çok açık görülmektedir.

Geçen hafta büyük bir başarı olarak kutlanılan "Danışma Meclisi"nin üyeleri açıklandı. 12 Eylül 1980'den bu yana cuntanın "demokrasiye geri dönüş" diye göstermeye çalıştığı ilk adımını attı. Cuntanın bu adımı çeşitli faşist, gerici uşak basında büyük bir velvele koparılarak manşetler halinde yayınlandı. Ancak bir taraftan uşak basında kutlama nidaları atılırken, diğer taraftan da aynı basın cuntanın siyasi partileri yasakladığını yazdı. İşte cunta vari demokrasiye geriye dönüş...

Diğer yandan "Kurucu Meclis"e seçilen üyelere daha yakından baktığımızda bu meclisin konumunun ne olacağını daha açık görürüz. Seçilen üyeler özel olarak hakim sınıflara ve onların efendisi ABD emperyalizmine keskin bağlılıkları olan emekli generallerin, halka saldırıları ve ihanetleri ile tanınan faşistlerin yanı sıra çeşitli İşverenler Birlikleri'nin başkanları, ve patronların kendileridir. Ayrıca bunların yanı sıra faşist Türk-İş Sendikasının Yönetim Kurulu'nda yer alan bazı faşist üyeler de var. Şimdi soralım bakalım. Bu seçkin faşistler kimin demokrasisini kurmak istiyorlar? Halk için demokrasi mi? Kesinlikle değil. Öyleyse açık olan bir tek şey vardı. O da bununla hakim sınıfların iktidarlarının daha da sağlamlaştırılması, faşist saldırıların yasallaştırılmasının amaçlandığı noktasıdır. Gene aynı şekilde "Kurucu Meclis" tarafından hazırlanacak ve Mili Güvenlik Kurulu'nun onayından geçtikten sonra halka oylatılmaya sunulacak olan yeni anayasanın da cuntanın bugün yaptığı saldırıları yasallaştırma ve işbirlikçi hakim sınıfların iktidarlarını sağlamlaştırma ve ömrünü uzatma olacaktır.

"Kurucu Meclis" cuntanın halka saldırılarını maskelemek-


Faşist cunta bir yılı aşkın bir süredir Türkiye emekçi halkı üzerinde azgın bir terör estirmektedir.

ten ve beşli generaller çetesinin emir kuralından oluşan ve yükünü hafifleten bir organdan başka bir şey olmayacaktır. Diğer yandan faşist cunta "Kurucu Meclis" adımları ile batılı dostlarını demokrasiye geriye dönüş konusunda yanıltarak onların pratik desteğini almaya çalışacaktır.

Bugün faşist cuntanın baş vurduğu yönteme daha evvel faşist babaları Hitler'de baş vurarak Reichstag'a en seçkin faşistlerini yerleştirmişti. Bunun en yakın örneğini Şili'de Pinochet'in attığı adımlarda görebiliriz. Ancak onların bu yanıltıcı oyunları nasıl açığa çıktıysa, bugün cuntanınkiside aynı sonuca varmaktan kurtulamayacaktır. Ki, bu günden bile cuntanın demokrasiye geriye dönüş diye adlandırdığı adımın ne olduğu açıkca ortadadır.

Türkiye işçi sınıfının ve emekçi halkının kanını emen işkenceci generaller çetesinin "Kurucu Meclis" oyunları sergilenmeli, Alman halkının nezdinde teşhir edilmeli ve onu destekleyen Bonn Hükümeti'ninden yardımların durdurulması talep edilmeli, hala geçerli olan Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden atılması adımı yaygınlaştırılmalıdır.

(„Verfassungsgebende Versammlung in der Türkei-Demokratie der Junta?")

Gelsenkirchen IG Metall sendikasının talebi:

DEVLET TARAFINDAN TEKELLERE VERİLEN YARDIM DURDURULMALIDIR!

GELSENKİRHCEN. — Bir kaç gün evvel biraraya gelen Gelsenkirchen IG Metall temsilcileri, devlet tarafından tekellere yapılan yardımın durdurulmasını ve silahlanma giderlerinin azaltılmasını talep etti. Bu toplantıda diğer sorunlar üzerinde de görüşlerini açıklayan Gelsenkirchen IG Metall Sendikası temsilcileri, aynı zamanda Bonn Hükümeti'nin tasarruf programının, "emekçilere ilan edilen bir savaş olduğunu" belirttiler.

Yakın zamanda toplanan Gelsenkirchen IG Metall Temsilcileri, "Barış aracılığıyla sosyal ilerleme sağlanmalıdır" başlıklı bir karar aldılar. Bu kararda şunlar yazılmaktadır: "Federal Hükümet ve parlamento tarafından izlenen 'kırmızı kalem' politikası hiç bir yanlış anlaşılmaya yer vermeyecek şekilde çalışan insanlara ve onların sendikalarına karşı yapılan bir savaş ilanıdır. 1982 tasarruf bütçesi amansızca silahlanmanın, ekonomik ve siyasi buhranın yükünü halkın omuzlarına yıkmayı amaçlamaktadır.

Sosyal hakların kısıtlanması ile devlet bütçesindeki açıklık kapatılamaz. Çünkü diğer yandan silahlanma bütçesi yükseltilmektedir. Bütçe ancak, eğer devlet tarafından tekellere verilen yardım durdurulursa, sağlama alınabilir. Devlet bütçesindeki açıklık, ancak büyük kârlar elde edenler yüksek vergilendirmeye tabii tutulurlarsa kapatılabilinir. İşsizlik ve enflasyon sorunu şimdiye kadar kazanılmış sosyal hakların kısıtlanması ile çözümlenemez."

Bu temsilciler toplantısında ayrıca NATO roketlerini yerleştirme kararınında geçersiz ilan edilmesi istenilmektedir. Yazıda ayrıca "her kimki barış ve sosyal refah istiyorsa, o tüm gücüyle dünya çapında silahlanmaya karşı çıkmalıdır" diye yazılmaktadır.

Diğer yandan Offenbach Basım ve Kâğıt Sendikası (IG Druck und Papier) da Başbakan Schmidt'e bir mektup göndererek Bonn Hükümeti'nin emekçilerin sosyal haklarına yaptığı saldırıları protesto ettiğini açıkladı. Basım ve Kâğıt Sendikası'ndan işçi arkadaşlar bu mektuplarında Bonn Hükümeti'nin tasarruf yapılmasından yana olduklarını, ancak bu programın "işçi, işsiz, emekçi ve küçük memurların buhranın yükünü taşımayı amaçladığını ve tasarrufun işçilerden değil, tam tersi silahlanma bütçesinden yapılması gerektiğini" yazmaktadırlar. İşçi arkadaşlar mektuplarında; "atom silahlanması yerine sosyal hakların genişletilmesinin gerekliliğini" vurgulamaktadırlar.

(„IG Metall Gelsenkirchen fordert; Streichung der Konzern subventionen und Senkung des Rüstungshaushalts")

BUHRANIN FATURASINI ZENGİNLER ÖDEMELİDİR!

KPD'nin Ekonomipolitik açıklaması

Eğer sorun para sorunu olsaydı, bu konuda Bonn'daki partilerin hepsi hem fikirler: Yoksullardan alıp zenginlere vermek. Birinci ve ikinci çocuk için çocuk paralarının kısıtlanması; Federal Çalışma Dairesi'nin milyarlarca kısıtlamaları, sağlık alanında yüksek reçete parasının alınması ve sosyal hakların kısıtlanması, tütün ve içki için vergilerin yükseltilmesi; bunların hepsi işçilerin, müstahdemlerin, küçük memurların ve özellikle de işsiz kadın ve erkek işçi arkadaşların daha fazla yoksulluğa itilmesidir.

Bir taraftan bunlar yapılırken, diğer taraftan da silahlanma için daha fazla harcama yapılmakta, yatırımlar teşvik edilmekte, ihracaat için para yardımı yapılmakta, amortisman imkânlarının düzeltilmesi, mikro elektroniğinin uygulanması için para yardımında bulunulmaktadır. Kısaca tekellere ve zenginlere milyarlarca DM'lık yeni hediyeler verilmektedir.

"Herkesin fedekârlık göstermesi gerekir" diyor Bonn'daki baylar ve kapitalistler. Herkes mi? Flick tekeline geçen yıl 1,12 milyar DM vergiden hediye edildi. Banka tekelleri sadece 1982 yılında, devlet borçlarından dolayı toplam olarak 19 milyar DM faiz Federal Devletten alacaklar. Almanya'da 400 ile 500 milyar DM şahsi servete sahip olan milyonerlerin sayısı 80 ile 100000 arasında tahmin edilmektedir. Bu tabakalardan özel bir fedekarlık göstermeleri, Bonn'daki baylar tarafından istenmemektedir. Gerçekte ise buhran olmasına rağmen, zenginlerin daha da zenginleşmesi için işçi ve emekçilerden kemerleri daha da sıkmaları istenilmektedir.

Ancak buhranın ve devlet borçlarının sorumlusu işçiler, emekçiler ve en ağır işlerde çalışan halk değildir. Bunun sorumlusu, tekeller, yüksek maliye sahipleri, milyarderler ve silah sanayii tekelleridir. Ve bütün bunlar akıl almayacak derecede daha da zenginleşmektedirler. Onlara devlet hazinesinden milyarlarca para yardımı yapıldı ve yapılmaktadır. İşte Bonn'daki bütçe açığını kapatmak için bu kesimler ödemeye çağrılmalıdırlar. Bunun için KPD buna ilişkin şunları talep etmektedir.

★ Buhranın faturasını zenginler ödemelidirler!

★ Tekel kârlarının vergileri çok tesirli bir şekilde yükseltilmelidir!

★ Senelik gelirleri 120 000 DM'ın üzerinde olan miktar fiili olarak vergilendirilmelidir!

Kişi başına yıllık gelirleri 80 000 DM'ın üzerinde olan şahıs ve anonim şirketlerinin gelir ve kâr vergileri yükseltilmelidir!

★ Bankaların, tekellerin ve aşırı kârlar elde edenlerin tüm vergi borçları uzlaşmaz bir şekilde toplanmalıdır!

Patronlara verilen vergi hediyelerine son verilmelidir! Hesaptan indirilmelerin kötüye kullanılmasına son verilmelidir! Ekonomi kanunlarına aykırı hareket edenlere karşı sert önlemler alınmalıdır!

Bugün devlet bütçesinde en büyük açığı silahlanma giderleri yaratmaktadır. 1982'nin silahlanma bütçesi yüzde 4 oranında artırılarak yeni rekor miktarı olan 43,7 milyar DM'a çıkarılması isteniliyor. Federal bütçe diğer alanlar için ayrılan askeri giderleri de hesaplayacak olursak, böylece silahlanma ve ordu için ayrılan giderlerin toplam miktarı yuvarlak olarak 60 milyar DM'ı bulmaktadır.

Batı Alman emperyalizminin büyük devlet olma çabası, saldırgan NATO ve Amerika'nın savaş kışkırtan politikasının desteklenmesi ve silah sanayii kârları için vergi paralarının müthiş bir şekilde çarcur edilmesi sadece Almanya'nın yeni bir dünya savaşının merkezi savaş alanı olması tehlikesini her gün artırmakla kalmamaktadır. Aynı zamanda bu, Alman devletinin daha yoğun bir şekilde sosyal hakların kısıtlanmasına gitmesine yol açmaktadır. Çünkü artık silahlanma çılgınlığının başka türlü finanse edilmesinin hiç bir imkanı yoktur. İşçilerin, emekçilerin, alt tabakalardaki memurların siyasi ve ekonomik çıkarları silahlanma çılgınlığı politikasına son verilmesini gerektirmektedir. Bu nedenle KPD 1982 bütçesi için ilk adım olarak şu talebi ileri sürmektedir:

Silahlanma giderleri en az yüzde 20 oranında düşürülmelidir!

İşyerlerimizin uzlaşmaz bir şekilde savunulması için

Patronların işyerlerini acımasızca rasyonelleştirmeleri, işsizliğin giderek yoğun bir şekilde artırılmasının başlıca nedenlerindendir. Fabrikalara yeni makineleri yerleştirerek, teknolojiyi uygulayarak, tek tek üretim kısımlarını ve giderek bütün fabrikayı kapatarak, kapitalistler her geçen gün işyerlerini imha etmekteler. Patronlar mümkün olan en fazla kârı elde etmek için attıkları bu adımlar, sadece söz konusu olan fabrikadaki personeli, işçi ve emekçileri etkilememektedir. İşyerlerinin kapatılması ve rasyonalleştirilmesinde tüm bölge ve Almanya'daki halkın tümünü korkunç bir şekilde tehlikenin eşiğine sürüklemektedir. İşyerlerinin imha edilmesine sebebiyet veren kapitalist rasyonalleştirmenin kapsamını önlemek için, KPD buna karşı haftalık, yıllık ve emekliye ayrılmaya hak kazanmak için gerekli toplam çalışma süresinin kısıtlanmasını öngören sendikal talebi desteklemektedir. Buna aynı şekilde 1938 (!) yılından kalma kanunun yeniden düzenlenmesi ile patronların elinden, çalışma saati süresini belirleme hakkı alınmış ve şimdi geçerli olan toplu sözleşme anlaşmalarının dışına çıkılması için olanak yaratılmış olur.

★ Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası!

★ Emekliye ayrılma yaşı erkekler için 60 yaşına ve kadınlar için de 55 yaşına düşürülmelidir!

★ Vardiya ve ağır işlerde çalışan kadın ve erkek emekçiler 5 yıl önce emekliye ayrılmalıdır!

★ En az 6 hafta izin verilmelidir!

★ Şu an geçerli olan toplu sözleşme anlaşmalarından (haftada 40 ve günde 8 saat olan 5 günlük iş haftası) hareket ederek çalışma saati kanununu, (şu an kanuni olarak haftada 48 saat geçerli) sendikanın gerçekleştirilmesini talep ettiği haftada 35 saatlik çalışma süresi de göz önünde bulundurularak yeniden düzenlenmelidir! Patronlara, işçi ve emekçileri kendi isteklerinin dışında mesai yapmaya zorlanmaları yasaklanmalıdır!

İşyerlerinin yoğun bir şekilde imha edilmesine karşı sürdürülen mücadele, patronların kitlesel çıkış vermelerini zorlaştıran ve işyeri işçi temsilcilerine bu konuya ilişkin yetkilerini genişleten kanuni maddeler gerektirmektedir. Buna ilişkin olarak şunu da belirtelim. Patronların firmalarındaki kârların güya düşük olmasından dolayı personale toptan çıkış vermeleri ve ardından da aynı iş yılı için hisse sahiplerine yüksek kazanç paylarını dağıtmaları rezilce bir skandaldır.

★ Mevcut işyerlerinin sayısını ve niteliğini değiştiren yatırımlar işyeri işçi temsilciliğinin onayına tabii tutulmalıdır!

★ Toptan çıkışlarda işyeri işçi temsilciliğine veto hakkı tanınmalıdır!

★ Kitlesel çıkışlarda patronlar, işçi temsilciliğine basitçe bildirme yükümlülüğü yerine, onaylatma yükümlülüğüne tabii tutulmalıdır!

Son yıllarda patronlara güya konjonktürü teşvik etmek ve yeni işyerlerinin sağlanması için milyarlarca DM ödendi. Patronlar tarafından ise bu paralar gerçekten genellikle işyerlerinin rasyonelleştirilmesi temposunu hızlandırmak ve böylece de işyerlerinin imha edilmesine yol açmak için kullanıldı. Son yılların en masraflı konjonktür programları sadece işçi sınıfını aldatan birer programlardı.



Gelecekte de hazırlanacak olan benzeri konjonktür programları da aynı aldatma kapısına çıkacaklardır. Bu göstermelik programlar, patronların, emekçilerin vergi paraları ile yeniden sıcak para yağmurunun tadına varmalarını sağlamak için gösterilen bir demogojik bahanedir.

★ Patronlara devlet tarafından yapılan para yardımları, yeni işyerlerinin sağlanması veya korunması için hukuki yükümlülüklerle birlikte alınarak yapılmalıdır ve bunların denetlenmesi işçi temsilcilikleri tarafından sağlanmalıdır!

KPD ayrıca devletin gerçek imkanları çerçevesinde kamu işletmelerinde geniş çapta işyerlerini imha etmeye yönelmesi yerine yeni işyerlerinin yaratılması için tüm çabalarını kullanmasını talep etmektedir.

Devletin sürekli artan silahlanma giderlerini ve patronlara yaptığı milyarlarca vergi hediyelerini finanse edebilmek için sadece ekonomik, sosyal ve tabiyatın korunması açısından oldukça önemli ve acil olan görevleri ya hiç yada tamamen yetersiz bir şekilde ele aldığı, böylece aynı zamanda yeni işyerlerinin yapılması için var olan imkânları ciddiye alarak kullanmadığı tespitini yapabiliriz.

Örneğin; konut sıkıntısının çözümlenmesi, taş kömürü maden işletmeciliğinin genişletilerek ve kömürün işletilmesiyle enerji temini kömür madenine dayanılarak teminat altına alınması, sıcak su hattının genişletilmesi, çocuk yuvalarının ve günlük bakım evlerinininin yapılması, sınıflardaki öğrenci sayılarının yeni okullar yaptırarak azaltılması ve tüm işsiz öğretmenlerin tekrar göreve alınması vb. gibi.

İşsizlerin haklarının savunulması için

Kapitalist ekonomik buhranın sonuçlarından en ağır şekilde etkilenen işçi sınıfı için, KPD, işsizlik sigortası haklarının kısıtlanması yerine, genişletilmesini, kadın ve erkek işçi arkadaşları ayıran ve işsiz işçi arkadaşları meslekleri kiymetten düşmüş olsa bile kendilerine teklif edilen her işi kabul etmeye zorlanmaya yönelik hükümler kaldırılmalıdır. İş ve İşçi Bulma Kurumları (Arbeitsamtlar'daki) patronların etkinliği kırılmalı ve sendikaların hakları genişletilmelidir.

★ Tüm işsizlik süresince işsizlik parası ödenmelidir!

★ Başka meslekleri öğrenme ve mesleği geliştirme hakları genişletilmelidir!

★ Devlet tarafından işsiz gençler için meslek eğitimi yapma alanları sağlanmalıdır!

★ Her işsize meslek eğitimi veya mesleki tecrübesi aracılığı ile elde ettiği kabileyetlerini koruması hakkı tanınmalıdır!

★ İşsizlik parasında, konulan sınırlandırma süresi kaldırılmalıdır!

(Bir işçi kendisi çıkış verdiği veya Arbeitsamt tarafından teklif edilen işi kabul etmediği takdirde işsizlik parası 6 hafta boyunca ödenmiyordu.)

★ İşsizleri her türlü işi kabul etmeye zorlayan hükümler kaldırılmalıdır!

★ İş ve İşçi Bulma Kurumları üzerinde olan patronların etkinliğine son verilmelidir!

Kemerler mi sıkılmalı, yoksa mücadele mi edilmelidir?

"Kemerleri mi sıkalım", yoksa ekonomik çıkarlarımızı ve kazanılmış sosyal haklarımızı savunmak için patronlar ve burjuva devletinin saldırılarına karşı mücadele mi edelim? İşte işçi ve emekçilerin önünde duran sorun budur. Sessiz kalmak demek, bugün sadece bizde beklenilen fedekârlıkları kabul etmek demek değildir. Bu aynı zamanda eğer yapılan saldırılara karşı haklarımızı kararlı bir şekilde savunmazsak, daha yoğun saldırılara tabii tutuluruz demektir. Kapitalist buhran gelecek yıllarda daha da derinleşecektir. Genel olarak kapitalizmi şirin gösteren eğilimleri olan burjuva ekonomi bilim adamları bile 1980'li yıllarda işsizliğin beş milyona ulaşacağını önceden söylemekteler. Patronlar ve onların temsilcileri politikacılar için hareket yönü açıktır: Küçük insanlar buhranın faturasını ödemelidirler. Buhranın tüm yükü işçi sınıfını ve emekçilerin omuzlarına yıkılması gerekli.

Bu adım engellenmelidir! Her kuruş ücret, her işyerinin savunulması, her küçük sosyal hakkın savunulması için mücadelenin sürdürülmesi geçerlidir.

Burada görüşümüze göre işsizliğin daha da artmasını, işçi ve emekçilerin sosyal haklarından daha da mahrum bırakılmasına karşı durmak için, mücadeleye en uygun ve gerçekleştirilmesi mümkün olabilen talepleri özetledik. Bu talepler işçi ve emekçilerin ve onların sendikalarının dayanışmacı mücadelesiyle gerçekleştirilebilinir. İşte içinde bulunduğumuz durumun gerektirdiği talepler bunlardır. Patronların buhranın saldırılarına karşı görüşümüzce birleşik bir mücadele cephesi sadece gerekli değil, aynı zamanda eğer sendikalarımız sınıf uzlaşmacı hayalleri ve taslakları terkeder ve bu saldırılara karşı sınıf mücadeleci bir rota izlerlerse, oluşturulmasıda mümkündür. Partimiz KPD bunun oluşturulması için üzerine düşen görevi yerine getirecektir.